

Verkehr und Energie

Wiener Stadtwerke

Das Jahr 1977 stand für die Wiener Stadtwerke mehr denn je im Zeichen einer wirtschaftlichen Situation, die in hohem Maß von weltwirtschaftlichen Gegebenheiten bestimmt war. Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie der Kapital- und Rohstoffmärkte vollzieht sich zum Großteil in Abhängigkeit vom Ausland, während die Abgabe- und Erlösziffern der energieversorgenden Unternehmungen von einem in den letzten Jahren keineswegs normalen Wettergeschehen, vom wachsenden Sparbewußtsein der Bevölkerung, aber auch von der nunmehr vorsichtigeren Gebarung der Unternehmer beeinflusst wurden. Die auf dem Arbeitsmarkt sich abzeichnenden Gefahren machen allergrößte Anstrengungen zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig, so daß den Investitionen eines auch für gesamtösterreichische Verhältnisse sehr bedeutsamen Wirtschaftskörpers, wie ihn die Wiener Stadtwerke darstellen, in zweifacher Hinsicht größte Bedeutung zukommt: Auf der einen Seite sind diese Ausgaben durch ihren hohen Multiplikatoreffekt ein wesentlicher Faktor bei der Sicherung unzähliger Arbeitsplätze, auf der anderen Seite sind die Investitionen aber auch eine Garantie dafür, daß die für Wien lebensnotwendige Energie- und Nahverkehrsbedienug auch in Zukunft ungeschmälert erhalten bleibt. Der Leistungszwang auf dem Versorgungs- und auf dem Investitionssektor würde für alle kommunalen Versorgungsunternehmungen — so auch für die Wiener Stadtwerke — ein Abgleiten in die roten Zahlen bedeuten, wenn die Erlöse für die erbrachten Leistungen mit der Kostenentwicklung nicht laufend in Einklang gebracht werden könnten. Vor allem die Entwicklung der Rohstoffkosten machte mit Jahresbeginn 1977 Tarifierhöhungen bei den Elektrizitätswerken und bei den Gaswerken notwendig, so daß der vorangegangene Kostensprung mit Mehrerlösen ausgeglichen werden konnte. Die zum selben Zeitpunkt erfolgte Tarifierhöhung der Städtischen Bestattung war hingegen nur eine Maßnahme zur Anpassung an umsatzsteuerliche Notwendigkeiten. Wären diese Tarifregulierungen nicht oder in geringerem Maß durchgeführt worden, dann hätte das sich daraus ergebende Manko mit zusätzlichem Fremdkapital bereinigt werden müssen. Eine derartige Überfremdung der Kapitalstruktur im Bereich der Versorgungssparte würde sodann entsprechende negative wirtschaftliche Auswirkungen sowie die Gefahr einer Einschränkung der Leistungskraft und -möglichkeiten zum Schaden der Wiener Bevölkerung nach sich ziehen.

Bei den Verkehrsbetrieben kann im Gegensatz zu den energieproduzierenden und -verteilenden Unternehmungen die Kostenentwicklung nicht durch Maßnahmen auf dem Tarifsektor ausgeglichen werden, so daß es auch 1977 wieder notwendig war, die Leistungskraft dieser Unternehmung nicht nur durch Fremdkapitalzuflüsse, sondern auch durch Aufstockungen des Eigenkapitals zu erhalten. Die Situation der Wiener Stadtwerke resultiert aus dem komplizierten Zusammenspiel verschiedenartiger, oft auch einander entgegengesetzter Entwicklungen in den das wirtschaftliche Geschehen beeinflussenden Bereichen, wobei die Vielfalt der von den Teilunternehmungen zu erbringenden Leistungen zusätzlich noch zum Tragen kommt. Die Jahresbilanz 1977 der Wiener Stadtwerke war in hohem Maße wieder vom negativen Abschluß der Verkehrsbetriebe bestimmt, der die Gebarung der restlichen Teilunternehmungen bei weitem übertraf. Der Verlust der Verkehrsbetriebe läßt aber wesentliche Bereiche des besonders großen sozialen Nutzens unbewertet, dessen Berücksichtigung aber die Erfolgslage der Verkehrsbetriebe und somit auch die der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung in einem wesentlich günstigeren Licht erscheinen lassen würde.

Da die gesicherte Energieversorgung von Ballungszentren eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben ist, mußten die Elektrizitätswerke auch 1977 wieder bedeutende finanzielle Anstrengungen unternehmen, um die Erlangung dieses Zieles nicht nur in der Gegenwart, sondern auch für die kommenden Jahre zu ermöglichen. Die Investitionen verteilten sich gleichermaßen auf die Erzeugungsanlagen wie auf jene Anlagen, die der Fortleitung und Verteilung der elektrischen Energie dienen. Nach wie vor kam hiebei ein wirtschaftlich besonders ins Gewicht fallender Nachteil zum Tragen: Die Anlagen sind so zu dimensionieren, daß die Erzeugungs- und Verteilkapazität für Zeiten der Höchstlast ausgelegt ist, obwohl diese während eines Jahres vielleicht nur einige Stunden betragen und seitens der betroffenen Unternehmung völlig unbeeinflussbar sind. Milde Temperaturen, die schwache Konjunktur und wachsende Spargesinnung der Bevölkerung haben 1977 zwar zu einer in ganz Europa registrierten geringeren Zuwachsrate im Energieverbrauch, gemessen in Kilowattstunden, geführt. Diese Entwicklung darf aber nur mit äußerster Vorsicht als Maßstab für die auf die kommenden Jahre ab-

gestimmten Investitionen herangezogen werden, denn an die Leistung werden — wie diesbezügliche Rekordzahlen der Elektrizitätswerke und der Gaswerke im Dezember 1977 bewiesen haben — nach wie vor steigende Forderungen gestellt, die letzten Endes für den weiteren Ausbau bestimmend sind. Amerikanische Verhältnisse zeigen schon jetzt, in welche Richtung ein zu geringer Ausbauwille beziehungsweise eine zu geringe Kapitalausstattung auf dem Sektor der Elektrizität führen kann: Die Stromnetze verschiedener Staaten des Mittelwestens standen nach Beginn der Kältewelle 1977/78 wegen Überlastung vor dem totalen Zusammenbruch.

Eines der für die Zukunft der Energieversorgung Wiens wichtigsten Vorhaben ist die Verlegung der 380-kV-Höchstspannungsleitung quer durch die Stadt mit einer Länge von 12 km, die pro Meter rund 40.000 S, mit den Zusatzeinrichtungen insgesamt 1,7 Milliarden Schilling kostet und im Winter 1979/80 in Betrieb genommen werden soll. Damit ist Wien eines der ersten großen Ballungszentren der Welt, in dem wegen des starken Bedarfszuwachses eine derartige Höchstspannungsebene in Kabelform direkt bis in das Stadtzentrum hinein errichtet wird. Auch Stromerzeugungsanlagen in Form von Blockkraftwerken auf Öl- und Erdgasbasis müssen nach und nach errichtet werden, um die lückenlose Energieversorgung von Wien zu gewährleisten. Im Kraftwerk Simmering der Elektrizitätswerke entsteht mit einem Kostenaufwand von rund 2,3 Milliarden Schilling ein Blockkraftwerk, das im Herbst 1978 in Betrieb gehen wird. Im Sinne einer möglichst wirtschaftlichen Verwertung der eingesetzten Primärenergie wird einerseits eine kombinierte Gas- und Dampfturbine elektrische Energie erzeugen, wobei die heißen Abgase der Gasturbine gleichzeitig von der Dampfturbine für die Stromerzeugung mitverwendet werden, andererseits kann das Werk im Wege einer sogenannten Kraft-Wärme-Kupplung auch Fernwärme erzeugen. Der Wirkungsgrad dieser kombinierten Anlage wird dadurch auf maximal 65 Prozent der eingesetzten Primärenergie erhöht.

Eine sehr wichtige Leistung der Elektrizitätswerke im Hinblick auf die Sicherheit der Energieversorgung manifestiert sich auch in der Vorratshaltung: 1977 verbrauchten die Elektrizitätswerke zur Stromerzeugung rund 305.000 Tonnen Öl und 480 Millionen Kubikmeter Erdgas. Um auch von der Seite der Rohstoffversorgung und Vorratswirtschaft her die Stromerzeugung möglichst weit abzusichern, werden parallel zum Ausbau der Erzeugungsanlagen für die entsprechende Erhöhung der Öllagerkapazität beträchtliche Mittel aufgewendet. Die mit dem Jahre 1978 erreichte Öllagerkapazität von etwa 410.000 Tonnen wird es ermöglichen, die Stromerzeugung durch Monate festzusetzen, auch wenn der Fall eintreten sollte, daß die Zufuhr weiterer Rohstoffe in Form von Erdgas und Öl ausbleibt.

Auch für die Gaswerke, die zweite energieversorgende Unternehmung im Verband der Wiener Stadtwerke, mit ihrem sehr großen Anteil an der Energieversorgung Wiens, ist die Vorratspolitik von größter Bedeutung, kann doch der wachsende Bedarf an Erdgas nur über langfristige Importverträge mit einem entsprechend steigenden Importanteil gedeckt werden. 1977 betrug dieser an dem gesamten in Österreich verbrauchten Erdgas 60 Prozent. Im Zusammenhang mit dem weiterhin steigenden Anteil der Heizgasversorgung, zu der vor allem die umweltfreundliche und komfortable Anwendung des Erdgases beiträgt, werden Maßnahmen zum Ausgleich der jahreszeitlichen Bedarfsschwankungen immer wichtiger. Die Gaswerke haben sich daher bereits zu Beginn der ersten Erdgasimporte aus der UdSSR, gemeinsam mit anderen im Rahmen der Austria-Ferngas GmbH zusammengeschlossenen Landesferngasgesellschaften, an einem Untergrundspeicher der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) AG in Matzen beteiligt, der eine Gesamtkapazität von 150 Millionen Kubikmetern aufweist. Bis 1977 wurde die diesen Landesferngasgesellschaften gemeinsam nutzbare Speicherkapazität durch Realisierung weiterer Speicher der ÖMV AG in Tallesbrunn und Schönkirchen—Reyersdorf auf insgesamt 500 Millionen Kubikmeter erweitert. Dieses verfügbare Speichervolumen kann innerhalb von drei Jahren ohne Zusatzinvestitionen auf 700 Millionen Kubikmeter aufgestockt werden. Weiters stehen der österreichischen Gaswirtschaft jährlich bis zu 80 Millionen Kubikmeter im Rahmen eines zwischen der Austria-Ferngas GmbH und der Rohöl-Aufsuchungs-GmbH abgeschlossenen Erdgas-Tauschvertrages zur Verfügung. Für die gemeinschaftliche Inanspruchnahme der Erdgasspeichereinrichtungen durch die Landesferngasgesellschaften wurde im Jahre 1977 eine umfassende Speicherpoolvereinbarung getroffen, um eine möglichst wirtschaftliche und sichere Versorgung zu gewährleisten.

Vor allem in der kalten Jahreszeit kommt den Gaswerken überragende Bedeutung zu, da die Zahl der mit Gas beheizten Haushalte von Jahr zu Jahr stark zunimmt. Durch die Umstellung auf umweltfreundliche Gasheizungen konnte ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Umweltverhältnisse in Wien geleistet werden. Nahezu alle in den letzten Jahren gestellten Heizgasanträge konnten von den Gaswerken genehmigt werden. Diese enorme Mehrleistung war nur durch die Umstellung auf Erdgas möglich, das bekanntlich etwa den doppelten Heizwert von Stadtgas hat. Die Bedeutung der Gaswerke ist auch daran zu erkennen, daß Wien mit einem weitverzweigten Gasrohrnetz von 2.800 km Länge eine der dichtest versorgten Städte der westlichen Welt ist. Trotz dieses Umstandes kann das Mammutvorhaben der Erdgasumstellung, das im September 1970 begonnen wurde und auf 778.000 Kunden mit

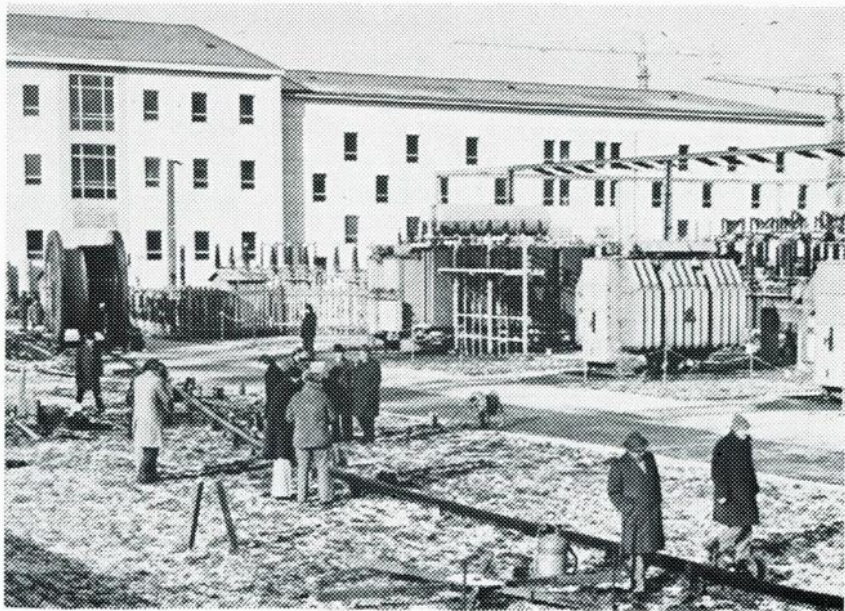


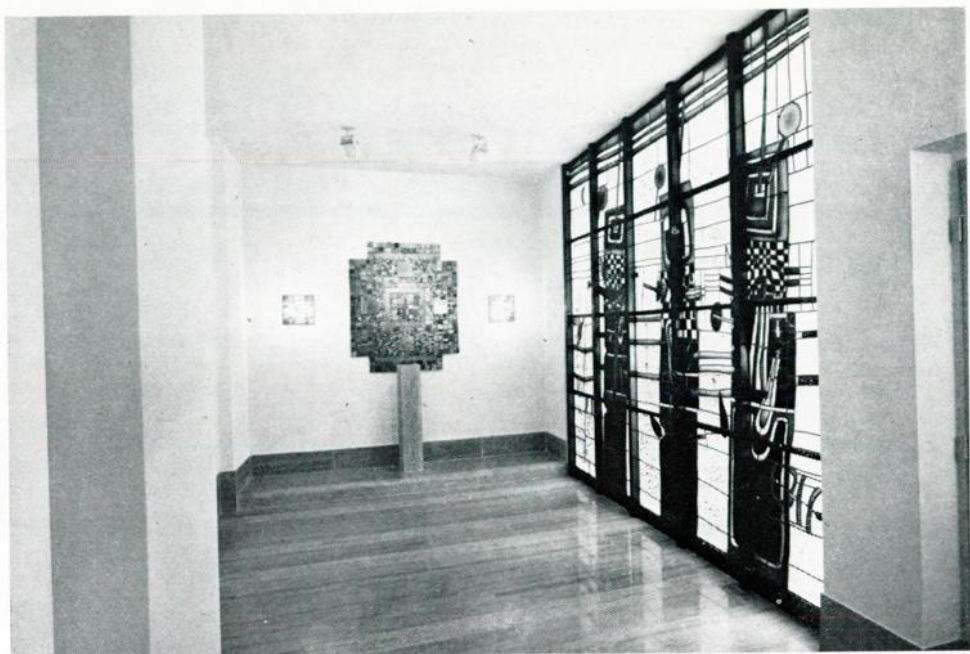
Amtsführendem Stadtrat Franz Nekula (Verkehr und Energie) werden in der Versuchsanstalt der Wiener Gaswerke neue Methoden zur Sanierung des Rohrnetzes vorgeführt

Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke

Im Umspannwerk Kendlerstraße im 16. Bezirk werden umfangreiche Probelegungen für eine neue 380-kV-Leitung durchgeführt





Halle zur Urnenaufbahrung im Krematorium Wien-Simmering

Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

Aufbahrungshalle im Friedhof Aspern



etwa 1,5 Millionen Geräten zugeschnitten war, bereits im Herbst 1978 — um sieben Jahre früher, als ursprünglich geplant — abgeschlossen werden.

Nicht nur der Beschaffung sowie der Umwandlung der Rohenergie gilt das Interesse der Wiener Stadtwerke, auch die Absatzpolitik wurde den Grundlagen des Energiekonzeptes der Stadt Wien entsprechend weitergeführt. Der auf diesem Gebiet tätige Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE) hat im Jahre 1977 insgesamt 174 Empfehlungen bezüglich der leitungsgebundenen, umweltfreundlichen Energien Strom, Gas und Fernwärme abgegeben, davon 87 für Wohnbauvorhaben mit zusammen fast 5.400 Wohnungen, 26 für Betriebsansiedlungen beziehungsweise Betriebsbaugelände und 61 Empfehlungen für sonstige Bauvorhaben, wie zum Beispiel Bürogebäude und Schulen. Der gesamte Raumwärmeanschlußwert dieser Empfehlungen betrug rund 187 Megawatt. Darin sind auch die im Rahmen des Bäderprogramms der Stadt Wien geplanten Bezirkshallenbäder enthalten, denen im Sinne eines rationellen Energieeinsatzes die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Wärmerückgewinnung aus Abluft und Abwasser unter Anwendung von Wärmepumpen empfohlen wurde. Im Rahmen der Strukturverbesserungsaktion der Wiener Wirtschaft wurde gemäß den Richtlinien bei 11 Ansuchen geprüft, ob die vorgesehene Energieversorgung mit den im Wiener Energiekonzept beschlossenen energiepolitischen Intentionen der Stadt Wien übereinstimmt. Weiters wurden vom Energiewirtschaftlichen Referat der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke neben der Fortführung der Arbeiten am Energiekonzept etwa 340 Wohnbauförderungsansuchen zur Errichtung von mehr als 8.700 Wohnungen im Hinblick auf die im Wohnbauförderungsgesetz festgelegten Erfordernisse des Umweltschutzes an die vorgesehene Heizung überprüft. Dabei mußten in 18 Fällen mit insgesamt 920 Wohnungen Einspruch gegen umweltgefährdende Heizungen erhoben werden. Außerdem wurden 15 Ansuchen positiv erledigt, in denen nach einem Einspruch bei einer früheren Überprüfung die Planung auf eine umweltfreundliche Heizung geändert wurde.

Zur Beurteilung der Verkehrsbetriebe müssen zuallererst die durch sie erbrachten Leistungen hervorgehoben werden, die sich unmittelbar auf die Lebensqualität in unserer Stadt auswirken, da die Umweltbelastung durch einen sich in den Ballungszentren ungehemmt ausbreitenden Individualverkehr in immer stärkerem Maße das Leben beeinträchtigt. Etwa die Hälfte der Berufstätigen fährt nach wie vor mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zur Arbeit. So übernehmen die Verkehrsbetriebe für die Beförderung der Arbeitskräfte zum und vom Arbeitsplatz die Garantie und zum Teil die Kosten und ersparen diese der Wirtschaft. 1977 wurden etwa 800 Millionen Schilling an Beförderungsentgelten der Wirtschaft und der Gesellschaft nicht in Rechnung gestellt. Nimmt man an, daß 51 Prozent der Benutzer der Verkehrsbetriebe zum Individualverkehr abwandern könnten, so ergibt die Berechnung, daß die Verkehrsbetriebe einen Mehrbedarf von rund 23.000 Parkplätzen verhindern beziehungsweise die Parkplatzkosten um rund 200 Millionen Schilling allein für das Jahr 1977 vermindern. Auf der selben Basis berechnet, ergibt sich durch die im Gegensatz zum Individualverkehr geringere Inanspruchnahme der Verkehrsflächen eine theoretische Kostenminderung von jährlich 1,4 Milliarden Schilling und durch die Verhinderung von Verkehrsunfällen sowie der damit verbundenen Sach- und Personenschäden eine solche von etwa 100 Millionen Schilling. Die positiven Auswirkungen durch den geringeren Energiebedarf des öffentlichen Personennahverkehrs können für 1977 mit rund 1 Milliarde Schilling beziffert werden. Angesichts dieser Zahlen und Fakten und ihrer Bedeutung für Lebensqualität, Energieeinsparung und die gesamte Wirtschaft ist es verständlich, daß dem öffentlichen Nahverkehr erhöhtes Augenmerk zugewendet und daher getrachtet wird, durch Beschleunigungsprogramme die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu steigern. In die gleiche Richtung zielen Wagnisprogramme, die Einführung des wendigen City-Busses, die schrittweise Umstellung der Autobusse auf den umweltfreundlichen Flüssiggas-Mischbetrieb, die Ausstattung der Fahrbetriebsmittel mit zusätzlichen Trittschritten, automatische Fahrtzielanzeigen, die mit der Tonbandstationsanzeige gekoppelt sind, und dergleichen mehr. Die neuen Fahrzeuge werden ein höheres Platzangebot und mehr Komfort aufweisen, alles mit dem Ziel, eine weitere Abwanderung der Bevölkerung zum Individualverkehr zu verhindern.

Da die Mittel aus Leistungserlösen bei den Wiener Stadtwerken nicht ausreichten, um die Substanzverminderung im Bereich der Anlagen auszugleichen und darüber hinaus zukunftsorientierte Ausbauprojekte zu finanzieren, kam auch 1977 den Kapitalzuflüssen in Form von Eigen- und von Fremdmitteln entscheidende Bedeutung zu. Die Bundeshauptstadt Wien legte eine Investitionsanleihe mit einem Nominale von 2 Milliarden Schilling auf, deren Erlös den Wiener Stadtwerken in zwei Tranchen zufließt. Darüber hinaus wurde den Elektrizitätswerken zur Finanzierung des Baues der 380-kV-Leitung ein Konsortialkredit von 300 Millionen Schilling zugestanden. Außerdem konnte der Bau des Blockkraftwerkes 1/2 in Simmering im Jahre 1977 zum Teil mit Lieferantenkrediten im Betrag von 259,5 Millionen Schilling finanziert werden. Für ein Sonderinvestitionsprogramm zur Verbesserung des Gasrohrnetzes und für die Anschaffung zusätzlicher Triebwagengarnituren wurden den

Wiener Stadtwerken überdies noch zusätzliche Kreditmittel im Betrage von 200 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die spezielle Situation der Verkehrsbetriebe machte es notwendig, dieser Unternehmung aber auch von seiten der Eigentümer bedeutende Beträge bereitzustellen, welche 1977 die Summe von rund 1,5 Milliarden Schilling erreichten. In diesem Betrag sind unter anderem die Pensionsentlastung durch die Hoheitsverwaltung, Kapitalaufstockungen für die Linie 64 und für Ausbauten der Stadtbahn sowie schließlich der Nahverkehrszuschuß aus dem Finanzausgleich enthalten.

Der gesamte Zufluß an Eigen- und Fremdmitteln ermöglichte es den Wiener Stadtwerken im Jahre 1977, die Kapazität der energieversorgenden Unternehmungen weiter auszubauen und damit die Sicherheit der Energieversorgung der Stadt Wien zu vergrößern sowie die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs zu steigern. Das Schwergewicht der Investitionen lag im Bereich der Elektrizitätswerke bei der Errichtung einer 370-MW-Blockanlage im Kraftwerk Simmering mit Betriebsaufnahme im Herbst 1978, beim Ausbau der Leitungsnetze sowie der Umspann- und Unterwerke und der Verteilungsanlagen sowie schließlich bei der Schaffung eines 380-kV-Leitungssystems. Von den Gaswerken wurde die Erneuerung und Erweiterung des Gasrohrnetzes fortgesetzt. Bei den Verkehrsbetrieben diente das zufließende Fremdkapital dem Ersatz von überalterten Straßenbahnwagen durch 19 Trieb- und 17 Beiwagen, der Nachbeschaffung von 35 Autobussen und dem Neubau der Linie 64. Im Bereich der Bestattung konnten durch die Investitionen weitere Friedhofs-Aufbahnhallen ausgestaltet und neue Konduktwagen beschafft werden.

Die zentrale Materialbewirtschaftung der Wiener Stadtwerke verwaltete 1977 in ihren Haupt- und Zentrallagern Waren mit einem Inventurwert von 512 Millionen Schilling. Das Gesamtvolumen der von der zentralen Einkaufsabteilung durchgeführten Bestellungen betrug 1.133 Millionen Schilling. Von der zentralen Kollaudierungsabteilung wurden Bauarbeiten mit einer Kostensumme von über 781 Millionen Schilling überprüft.

Im Zuge der Realisierung des EDV-Projektes in der Zentralwerkstätte ergaben sich weitere umfangreiche Koordinations- und Organisationsarbeiten. Ausgelöst durch die Fertigstellung der ersten Programme mußten diese Arbeiten vor allem auf den Materialsektor konzentriert werden. Darüber hinaus wurden Erhebungen für ein künftiges Abrechnungssystem der Zentralwerkstätte durchgeführt, wobei besonders auf die Schnittstellen zum innerbetrieblichen Rechnungswesen der Wiener Stadtwerke Bedacht genommen werden mußte. Auf dem Gebiet der EDV wurden Untersuchungen über Entwicklungstendenzen der Hardware durchgeführt, wobei verschiedene Varianten für die zukünftige Maschinenkonfiguration im Rechenzentrum zu überlegen waren. Das nunmehr erarbeitete Konzept, das auf sehr umfangreichen Wirtschaftlichkeitsberechnungen basiert, bewirkte auf diesem Sektor eine wesentliche Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Neuregelung des Kostenerfassungs- und -zurechnungsverfahrens für die EDV-Hardware, Software und für die Schulungen vorgenommen. Die Tätigkeit der neu installierten EDV-Kommission führte zu einer wesentlichen Verbesserung der Beurteilungsmöglichkeiten bezüglich Wirtschaftlichkeit von EDV-Projekten. Weitere organisatorische Arbeiten ergaben sich durch die Installierung des Datenverarbeitungssystems Audit 5 in drei Lagern der Zentralen Materialbewirtschaftung. Ein Organisationsthema betraf auch die Auswahl einer Gerätekonfiguration für die Werkstätten-, Lager- und Gaszählerabteilung der Gaswerke, wobei die Voraussetzungen für die künftige Übernahme der Daten der Gaszählerkartei in ein EDV-gestütztes Kundeninformationssystem sichergestellt wurden. Auf dem Kopiersektor konnten die Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Preisgestaltung und um eine damit verbundene Kosteneinsparung erfolgreich abgeschlossen werden. Im Rahmen der Vorschlagsaktion der Stadt Wien wurden im Bereich der Wiener Stadtwerke 18 Verbesserungsvorschläge eingebracht, wovon 6 prämiert werden konnten. Von der Abteilung für Innenrevision wurden 67 Berichte vorgelegt. Anregungen für Kosteneinsparungen und sonstige Verbesserungen ergaben sich vor allem aus den Organisationsprüfungen, die in verschiedenen Bereichen der Wiener Stadtwerke vorgenommen wurden. Im Rechenzentrum wurden 1977 umfangreiche Umstellungen auf dem Hardware- und Softwaresektor vorgenommen; so die beiden Zentraleinheiten 370/145 durch eine 370/158 und eine 370/148 ersetzt. Durch Zusammenlegung der Betriebssysteme konnte eine Verbesserung der Kapazitätsausnutzung des Gesamtsystems erreicht werden. Die Zahl der von den verschiedenen Bereichen der Wiener Stadtwerke an das Rechenzentrum herangetragenen Anforderungen betrug insgesamt 390. Auf dem Personalsektor wurde die Schulung des Mitarbeiterstabes verstärkt fortgesetzt.

Am 31. Dezember 1977 waren bei den Wiener Stadtwerken ohne Berücksichtigung der Lehrlinge insgesamt 14.718 Bedienstete beschäftigt. Im Vergleich zum 31. Dezember 1976 ergab sich somit eine Vermehrung um 107 Bedienstete. Dies ist insofern bemerkenswert, als in den vergangenen Jahren zumeist eine Abnahme des Personalstandes festzustellen war. Hiebei ist bei den Elektrizitätswerken der Personalstand gegenüber 1976 um 35 auf 4.089 Bedienstete gestiegen. Durch Auflassung des Werkes 1 im Kraftwerk Simmering kam es zwar zu einer Personalverringering, gleichzeitig mußte aber

für den neuen kombinierten Gasturbinen- und Dampfturbinenkraftwerksblock 1/2 entsprechend Vorsorge getroffen werden. Die Gaswerke hatten gegenüber 1976 eine weitere Verringerung des Personalstandes um 13 auf 1.520 Bedienstete zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf die weitere Reduktion der Spaltgaserzeugung im Zusammenhang mit der Forcierung der Erdgasumstellung zurückzuführen. Bei den Verkehrsbetrieben kam es zu einer Personalvermehrung um 88 auf 8.607 Bedienstete, wodurch es möglich war, Intervalle zu kürzen und notwendige Linienverlängerungen durchzuführen. Die Städtische Bestattung, die seit Jahren ihre Aufgaben mit einem nahezu gleichen Personalstand besorgt, hatte eine geringfügige Reduktion des Personalstandes um 3 auf 502 Bedienstete zu verzeichnen. Die Zahl der von den Wiener Stadtwerken im Jahre 1977 neu aufgenommenen Mitarbeiter betrug 973. Unter Berücksichtigung von 403 Versetzungen in den Ruhestand ergab sich für 31. Dezember 1977 eine Gesamtzahl von 16.076 Pensionsparteien, das ist gegenüber 1976 eine Verringerung um 313.

Im Wirtschaftsplan 1977 wurde der Sollstand für die vier Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke einschließlich der Generaldirektion und der Zentralverwaltung mit 15.963 festgesetzt. Somit ist trotz vermehrter Aufgaben und gesteigerter Leistungen beim Sollstand gegenüber 1976 eine Verringerung um 15 Bedienstete eingetreten. Dies war nur durch Ausnützung aller sich bietenden Rationalisierungsmöglichkeiten denkbar. So wurden die in den Vorjahren bereits begonnenen Maßnahmen, insbesondere im Fahrdienst der Verkehrsbetriebe durch Fortsetzung der Umstellung auf schaffnerlosen Betrieb sowie im Bereich der Gaswerke durch die Erdgasumstellung, fortgeführt. Der vorgesehene Personalstand wurde im Laufe des Jahres 1977 nie erreicht. Mit 31. Dezember 1977 betrug der Unterstand 7,8 Prozent und war somit seit Jahren erstmals unter der 8-Prozent-Grenze. Bei Deckung des Personalbedarfes traten 1977 keine besonderen Schwierigkeiten auf. Das Arbeitskräfteangebot war bei Absolventen höherer technischer Lehranstalten sowie bei Kanzleibediensteten so, daß alle freien Dienstposten besetzt werden konnten. Bei den Lehrlingen übertraf sogar die Anzahl der Aufnahmewerber die der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze. Weniger günstig war die Situation bei Elektrikern, Schlossern und Hilfsarbeitern. Doch ist es durch Werbemaßnahmen, wie Inserate in Tageszeitungen und Affichierung von Klarsichtfolien in den Betriebsmitteln der Verkehrsbetriebe, gelungen, den dringenden Personalbedarf zu decken. Auch bei Absolventen technischer Universitäten ist es in einigen Sparten, so insbesondere bei Bautechnikern, oft nur durch gezielte Maßnahmen möglich gewesen, freie Dienstposten zu besetzen. Engpässe gab es nur gelegentlich beim Fahrdienst, doch war dies vor allem auf den steigenden Bedarf im Hinblick auf die Aufnahme des U-Bahn-Betriebes auf einem längeren Streckenabschnitt zurückzuführen.

Zur Heranbildung von Nachwuchskräften wurde die Lehrlingsausbildung weiter fortgesetzt. Es standen Ausbildungsplätze in den Lehrberufen Industriekaufmann, Starkstrommonteur, Elektromechaniker, Maschinenschlosser, technischer Zeichner und Chemielaborant zur Verfügung. Insgesamt befanden sich zu Jahresbeginn 1977 bei den Wiener Stadtwerken 354 Lehrlinge in Ausbildung, von denen 183 zu Industriekaufleuten, 5 zu technischen Zeichnern, 107 zu Starkstrommonteuren, 28 zu Elektromechanikern, 30 zu Maschinenschlossern und einer zum Chemielaboranten ausgebildet wurden. Die guten Erfahrungen mit den eigenen Lehrlingen, die nach Ende ihrer Ausbildungszeit in der Regel den Wiener Stadtwerken als Mitarbeiter erhalten bleiben, waren dafür ausschlaggebend, daß im September 1977 wieder 36 kaufmännische Lehrlinge für die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke aufgenommen wurden; weiters erfolgte die Einstellung von 31 Starkstrommonteurlehrlingen, 16 Elektromechanikerlehrlingen und 13 Maschinenschlosserlehrlingen, die in einer Lehrwerkstätte auf ihren künftigen Beruf vorbereitet wurden. Im Jänner 1977 konnten in feierlicher Form 52 kaufmännische und 5 technische Zeichner-Lehrlinge freigesprochen werden und erhielten Erinnerungsgeschenke. Ende 1977 waren bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 328 Lehrlinge beschäftigt. Im Rahmen eines umfangreichen Jugendbetreuungsprogrammes, das die Stadt Wien alljährlich für die Lehrlinge und jugendlichen Angestellten durchführt, wurden Exkursionen und Vorträge veranstaltet, die die jungen Bediensteten mit Einrichtungen der Stadt Wien vertraut machten.

Im Jahre 1977 wurden den Verkehrsbetrieben als Träger des Zivildienstes insgesamt 20 Zivildienstpflichtige zugewiesen, die zu Revisions- beziehungsweise Gleisbauarbeiten herangezogen wurden. Durch eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist auch das Kontingent der bei den Wiener Stadtwerken beschäftigten G a s t a r b e i t e r leicht gesunken. Ende 1977 waren bei den Verkehrsbetrieben 95 Mitarbeiter aus Jugoslawien und 15 aus Tunesien beschäftigt.

Im Rahmen der innerbetrieblichen Schulung wurden wie in den Vorjahren den Ausbildungsvorschriften entsprechend Vorbereitungskurse für die Dienstprüfung für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, des technischen Dienstes und des Kanzleidienstes abgehalten. Nach Abschluß der Vorbereitungskurse haben 19 Mitarbeiter die Dienstprüfung für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes bestanden, 2 darunter mit Auszeichnung. 18 Fachbeamte des technischen Dienstes legten ihre Dienstprüfung erfolgreich ab, davon 2 mit ausgezeichnetem Erfolg. 79 Mitarbeiter haben die Dienstprüfung

für Fachbeamte des Kanzleidienstes bestanden, 4 davon mit ausgezeichnetem Erfolg. Die von der Verwaltungsakademie der Stadt Wien veranstalteten Vorträge, Kurse und Seminare wurden erfreulicherweise von zahlreichen Mitarbeitern besucht.

Als Anerkennung für langjährige Dienstzeit haben 1977 1 Mitarbeiter für das 50jährige, 18 Mitarbeiter für das 40jährige und 275 Mitarbeiter für das 25jährige Dienstjubiläum das vom Bürgermeister unterfertigte Diplom und als Jubiläumsgabe Remunerationen erhalten. Der Bundespräsident hat zwei Mitarbeiter der Wiener Stadtwerke in Würdigung ihrer Verdienste um die Republik Österreich durch Verleihung eines Ehrenzeichens ausgezeichnet. Drei Bedienstete der Wiener Stadtwerke erhielten Ehrenzeichen, durch die ihre Verdienste um das Land Wien gewürdigt wurden.

Mit Gesetz vom 31. Jänner 1977, betreffend die Schaffung einer Einsatzmedaille des Landes Wien, LGBl. für Wien Nr. 13/1977, wurde die Möglichkeit geschaffen, Personen, die in gefährlichen oder schwierigen Situationen besonderen Einsatz für die Mitbürger und das Land Wien geleistet haben, durch Verleihung der Einsatzmedaille des Landes Wien auszuzeichnen. Diese Einsatzmedaille wurde im Jahre 1977 27 Bediensteten der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe, die im Zusammenhang mit dem Einsturz der Reichsbrücke am 1. August 1976 durch besonderen Einsatz zur Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrs beigetragen haben, von der Landesregierung verliehen.

2.133 Mitarbeiter der Stadtwerke spendeten freiwillig Blut für die Blutbank des Allgemeinen Krankenhauses und für das Sanatorium Hera, das der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien gehört.

Durch zahlreiche Maßnahmen im Bereich des Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrechtes brachte das Jahr 1977 sowohl den aktiven Bediensteten als auch den Pensionsparteien materielle Verbesserungen. Darunter fiel die 3. Novelle zur Dienstordnung 1966 und die Änderung der Vertragsbedienstetenordnung. In diesen beiden Novellen sind vor allem die Neuregelung des Urlaubsrechtes, unter anderem die Erhöhung des Mindesturlaubes auf 4 Wochen, und die ab 1. Jänner 1977 geltende Pflegefreistellung bei Erkrankungen naher Angehöriger enthalten. Mit 1. Juni 1977 wurde die besoldungsrechtliche Stellung von Bediensteten anlässlich der teilweisen Beseitigung des Überstellungsverlustes verbessert. Darüber hinaus kam es bei den Teilunternehmungen zu weiteren Verbesserungen, wie durch Einbeziehung der U-Bahn-Fahrer in die Prämie für anstandslose Dienstleistung, der Stellwerkswärter in die Mehrfachverwendbarkeitszulage und der Betriebsbeamten der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, Kundendienst und Unfallangelegenheiten in die „Betriebsdienstzulage“. Für Autobuslenker mit Vollschnaffnerverwendung wurde eine Erschwerniszulage geschaffen. Ab 1. Jänner 1977 wurde eine Zulage für Lenker von Sonderfahrzeugen geschaffen, die Zulage für die Beamten des Bestattungsdienstes der Städtischen Bestattung geändert und die Kassierzulage erhöht. Die Fahrdienstzulage für Stadtbahnfahrer und die Mehrfachverwendbarkeitszulage für Stadtbahnfahrer-Zugbegleiter sowie für Betriebsbeamte bei Verwendung als Stadtbahnfahrer-Zugbegleiter wurde mit 1. März erhöht. Für Werkmeister sowie für Bedienstete, die während der Nachtschicht zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben Entscheidungen treffen müssen, die in Zusammenhang mit der Organisationsänderung in den Straßenbahnwagenrevisionswerkstätten stehen, konnte ab 1. April eine Zulage geschaffen werden. Außer der Änderung der Blockzulage für Bedienstete der Kraftwerke mit Blockanlagen ab 1. Juli wurde eine Nebengebührenregelung für Stellwerkswärter der Verkehrsbetriebe ab 1. August vorgenommen. Mit 1. September erfolgte die Erhöhung der Sonderzulage für Kollaudierer und die Schaffung einer Zulage für Bedienstete der Wassertopfwartung der Gaswerke. Erhöht beziehungsweise geändert wurde mit 1. November die Zulage für Aufsichtsorgane und Monteure der Gaswerke bei der Vakuum- und CO₂-Reinigung der Zuleitungen und die Zulage für Bedienstete der Elektrizitätswerke für den Bereitschaftsdienst in der Wohnung. Die im Kategorienverzeichnis (Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1967) vorgenommenen Änderungen waren durch Höherreihung von einzelnen Bedienstetengruppen entsprechend der an sie gestellten höheren Anforderungen oder durch Fixierung der Einreihung von neuen Bedienstetengruppen notwendig geworden. Schließlich fanden in mehreren Dienstbereichen Stellenplanregulierungen statt.

Die Sektion für Personalangelegenheiten wirkte auch im Zuge des Begutachtungsverfahrens am Zustandekommen zahlreicher arbeits- und sozialrechtlicher Gesetze mit. So wurden beispielsweise Stellungnahmen zum Entwurf eines Insolvenz-Entgeltssicherungsgesetzes, eines Beamtendienstrechtgesetzes, einer 2. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz und einer 3. Novelle zur Dienstordnung 1966 abgegeben. Ferner wurde zu den Entwürfen einer 13. und 14. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, zum Entwurf einer Änderung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes im Hinblick auf das Verbot der Überlassung von Arbeitskräften, zum Entwurf einer Berufsausbildungsgesetznovelle 1978, einer Gewerbeordnungsnovelle 1978, einer Änderung des Mutterschutzgesetzes, eines Arbeitsruhegesetzes und eines Bundesgesetzes, mit dem das Gesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen geändert wird, Stellung genommen.

Elektrizitätswerke

Die Elektrizitätswerke verzeichneten im Jahre 1977 im Vergleich zum Jahre 1976 eine Zunahme des Gesamtenergiebedarfes um 2,9 Prozent von 5,348.629 MWh auf 5,503.794 MWh; davon erzeugten die kalorischen Kraftwerke 3,371.173 und die eigenen Wasserkraftwerke 78.664 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung war somit im Jahre 1977 um 4,6 Prozent größer als 1976 und um 14,6 Prozent größer als im Jahre 1975. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 20. Dezember mit 1.062 MW; sie war um 50 MW höher als im Jahre 1976 und um 68 MW höher als im Jahre 1975. Den größten Tagesbedarf an elektrischer Energie wies der 13. Dezember mit 22.621 MWh auf.

Seit mehreren Jahren zeichnen sich in der Wirtschaft Abschwächungstendenzen ab; sie prägten auch den Konjunkturablauf des Jahres 1977. Die allgemeine Wirtschaftssituation und die immer größer werdende Differenz zwischen den ökonomischen Erwartungen und Zielsetzungen einerseits und der tatsächlich eingetretenen Entwicklung andererseits haben zu einer weiteren Risikoverschärfung bei den so wichtigen Bedarfsprognosen geführt. Die generelle Unsicherheit beherrscht die langfristig auszurichtenden Planungs- und Koordinierungsaktivitäten der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Die den Elektrizitätsunternehmen auferlegte Versorgungspflicht verlangt nicht nur auf der Nachfrageseite eine möglichst verlässliche Vorschau über die mengenmäßige und strukturelle Entwicklung des Stromverbrauches, sondern ebenso auf der Aufbringungsseite eine sorgfältig auszuarbeitende Koordinierung der Kraftwerksausbauprogramme mit den Strombezugsverträgen. Die enge Zusammenarbeit der Wiener Elektrizitätswerke mit der übrigen österreichischen Elektrizitätswirtschaft führte im Sommer 1977 zu einem neu überarbeiteten, für einen Zeitraum von 10 Jahren erstellten koordinierten Kraftwerksausbauprogramm zwischen der österreichischen Verbundgesellschaft und den Landeselektrizitätsgesellschaften. Hatte man bisher mit einem jährlichen Energiezuwachs von etwa 7,2 Prozent gerechnet, was einer Verdoppelung des Stromverbrauches innerhalb von 10 Jahren entspricht, so wurde die Prognose auf 5,7 Prozent pro Jahr zurückgenommen. Als wichtigste Auswirkung wäre bei einer Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Tullnerfeld und des Kohlekraftwerkes Voitsberg III eine Betriebsaufnahme des zweiten österreichischen Gemeinschaftskernkraftwerkes Stein, an dem die Wiener Elektrizitätswerke beteiligt sind, in diesem Prognosezeitraum nicht mehr erforderlich. Für das Unternehmen wirkt sich das koordinierte Kraftwerksbauprogramm für die Errichtung einer weiteren 100-MW-Gasturbinenanlage mit voraussichtlicher Inbetriebnahme im Jahre 1983 und eines zusätzlichen 370-MW-kombinierten Gas- und Dampfturbinenblockes mit voraussichtlicher Inbetriebnahme im Jahre 1986 aus, sollten bis dahin nicht andere Möglichkeiten der Stromaufbringung, wie zum Beispiel Beteiligung an Donaukraftwerken, auftreten.

Der Anteil der Energieerzeugung mit Wärmekraft in den eigenen Anlagen ist gegenüber 1976 leicht gestiegen, der mit Wasserkraft leicht gesunken, ebenso wie der Energiebezug. Die Monate des größten Energiebedarfes sind im Winter der November, Dezember und Jänner, in denen auch die stärkste Produktion zu verzeichnen ist. Nähere Angaben über die Stromerzeugung, die Energieabgabe nach Verbrauchergruppen sowie die zeitliche Verteilung sind dem Kapitel 9 „Energiewirtschaft“ des Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien zu entnehmen.

Die Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an Betriebsanlagen wurden im Dampfkraftwerk Simmering mit den Arbeiten für die Errichtung des Blockkraftwerkes 1/2 planmäßig fortgesetzt. Die Gasturbinenanlage konnte Mitte des Jahres 1977 angegliedert und montiert werden. Nach Errichtung der Erdgasanspeisung und nach umfangreichen Provisorien für die Eigenbedarfsanlagen wurde Anfang Oktober der Probetrieb aufgenommen. Die Übernahme der Gasturbine mit einer Leistung von 67 MW durch die Wiener Elektrizitätswerke erfolgte am 2. November 1977. Der 200 m hohe Betonschornstein des Dampfblockes wurde fertiggestellt und im September mit der Rauchrohrmontage begonnen. An der Bensonkesselanlage wurden die Heizflächen montiert und die Hauptrohrleitungsanschlüsse des Kessels fertiggestellt. Der Heizungswärmetauscher und die Kondensatoren der Dampfturbinenanlage konnten geliefert werden, mit der Montage der Kondensatoren wurde begonnen. Die Arbeiten für die Errichtung der Erdgasregelstation waren ebenfalls im Gange. Für den Kühlwasserrücklauf wurden im bergmännischen Vortrieb bis Jahresende rund 150 m hergestellt. Die Fundamente für die beiden 50.000-m³-Ölbehälter im Tankhof 5 des Kraftwerkes wurden fertiggestellt; die Montage der beiden Behälter konnte im Juli aufgenommen werden. Im Zusammenhang mit der Errichtung der 380-kV-Schaltanlage wurden die Hochbauarbeiten zu einem Abschluß gebracht; da der Kran in der Halle bereits 1977 montiert war, kann mit der Montage der SF 6-Anlage ab Jänner 1978 termingerecht begonnen werden. In der 110-kV-Anlage sind die vorbereitenden Arbeiten für den Einbau der SF 6-Schaltfelder sowie für die erforderliche Verstärkung der bestehenden Anlage auf 7,5 GVA Abschaltleistung im Gange. Ein 63-MVA-Transformator 110/30 kV und eine 100-MVAR-Kompensa-

tionsdrosselspele wurden 1977 in Betrieb genommen. Die zu Jahresbeginn 1977 fertiggestellte Anfahranlage konnte nach Umschaltung der 5-kV-Eigenbedarfsanlagen der Blockkraftwerke 3 bis 6 auf die neue Anlage den vollen Betrieb aufnehmen. Im Anschluß daran wurde am 30. Juni 1977 der Turbinenbetrieb im Werk 1 eingestellt. Die Dampfkessel des Werkes 1 müssen jedoch bis zur Errichtung einer neuen Dampfversorgungseinrichtung für den Eigenbedarf des gesamten Kraftwerkes den Betrieb weiterführen. Die notwendigen Revisionsarbeiten an den Blockkraftwerken und den elektrischen Anlagen wurden auch 1977 zeitgerecht durchgeführt, so daß für den Winterbetrieb 1977/78 alle Einheiten zur Verfügung standen. Beim Blockkraftwerk 4 wurde die Turbine einer Generalüberholung im Werk Mülheim der Kraftwerks-Union unterzogen, wobei zwei Schaufelreihen des Mitteldruckteiles erneuert werden mußten.

Im Dampfkraftwerk Donaustadt hatten die Blockkraftwerke 1 und 2 im Jahre 1977 mit einer Stromerzeugung von 1.815 GWh einen Anteil von 33 Prozent an der Gesamtstromaufbringung. Das Kraftwerk erreichte Ende 1977 die Erzeugung von bereits 6 Milliarden Kilowattstunden.

Im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wurde während der Kraftwerksrevision im August eine Besichtigungsinspektion an der Gasturbine vorgenommen. Die erforderlichen geringen Instandhaltungsarbeiten konnten ohne Öffnen der Gasturbine durchgeführt werden.

Im Bereich der Umspannwerke, Unterwerke und Schaltstationen wurden im Umspannwerk Kendlerstraße für die 380-kV-SF 6-Schaltanlage die Bestellungen und die Koordinierung der einzelnen Lieferfirmen durchgeführt. Die Vorarbeiten für den Hochbau waren angelaufen, mit dem eigentlichen Baugeschehen ist im Frühjahr 1978 zu rechnen. Die Verstärkung der 110-kV-Anlage für eine Kurzschlußleistung von 7,5 GVA wurde zum Jahresende 1977 abgeschlossen. Im Umspann- und Unterwerk Heiligenstadt wurde die 110-kV-SF 6-Anlage Ende 1976 beziehungsweise Anfang 1977 in Betrieb genommen; im April 1977 konnte die 30-kV-Anlage nach Aufschaltung des letzten 110/10-kV-Umspanners stillgelegt werden. Im Umspann- und Unterwerk Schmelz wurde der zweite Bauabschnitt im August 1977 fertiggestellt und der Betrieb aufgenommen. Damit war der Neubau des Umspannwerkes nach einer Bauzeit von rund fünfeinhalb Jahren beendet. Im Umspann- und Unterwerk Ottakring wurden die Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt soweit fertiggestellt, daß im August 1977 mit den Elektromontagen begonnen werden konnte. Im Umspannwerk und Unterwerk Kaunitzgasse wurden die Hochbauarbeiten für den Umbau auf Direktabspannung 110/10 kV fertiggestellt; nach Durchführung der Elektromontage soll die Anlage im Sommer 1978 in Betrieb gehen. Der Neubau des Umspannwerkes Kagran (110/20 kV) wurde 1977 planmäßig fortgesetzt und kann voraussichtlich ebenfalls 1978 in Betrieb genommen werden. Im Umspannwerk Neubad wurde wegen der steigenden Belastung mit dem Umbau auf 110/10-kV-Abspannung begonnen. Ferner wurden die Vorarbeiten für die Errichtung von zwei Umspannerkammern aufgenommen; die neue erweiterte und verstärkte 10-kV-Schaltanlage konnte fertiggestellt werden. Auch im Umspannwerk Favoriten wurde mit der Errichtung einer 110-kV-SF 6-Schaltanlage begonnen, im Umspann- und Unterwerk Weißerger von April bis November 1977 die Umschaltung von 5 auf 10 kV durchgeführt; die Planungsarbeiten für den 1978 beginnenden Umbau auf 110/10-kV-Abspannung wurden abgeschlossen. Im Umspannwerk Südost wurde mit der Verstärkung der 110-kV-Anlage für eine Kurzschlußleistung von 7,5 GVA begonnen. Um diese Arbeiten ohne Störung des Betriebes durchführen zu können, mußten umfangreiche Anlagenprovisorien errichtet werden. Im Umspannwerk Stadlau wurde die 110-kV-SF 6-Anlage erweitert, die Betriebsaufnahme im Herbst 1977 vorgenommen. Gleichfalls im Herbst konnte mit der Elektromontage zur Erweiterung der 20-kV-Anlage begonnen werden. Die Arbeiten im Umspannwerk Wiener Neudorf zur Errichtung einer 10-kV-Anlage und im Unterwerk Landstraße zur Sanierung der 10-kV-Anlage und der Bahnwand wurden 1977 weitergeführt.

Die Modernisierung der Fernwirkeinrichtungen wurde auch 1977 fortgesetzt. Die Umspannwerke Leopoldau und Nord konnten von der Steuerstelle Nord und die Umspannwerke Südost und Eisenstadtplatz von der Steuerstelle Favoriten in das rechnerintegrierte Fernwirkssystem eingebunden werden. Für den U-Bahn-Bau wurde die Errichtung von Unterwerken fortgesetzt; das Unterwerk Schottenring wurde im Juni 1977 fertiggestellt, mit den Elektromontagen in den Unterwerken Nestroyplatz und Heiligenstädter Platz konnte begonnen werden. Im Herbst 1977 wurde die U-Bahn-Leitstelle Karlsplatz fertiggestellt, die Unterwerke Karlsplatz, Reumannplatz, Südtiroler Platz, Hauptzollamt, Schottenring und Wasserleitungswiese konnten in das Fernwirkssystem eingebunden werden. Der Probetrieb wurde aufgenommen und soll bis zur Inbetriebnahme der Linie U 1 im Februar 1978 geführt werden. Die Anlage ist eine der ersten in Europa, die mit Doppelrechnersystem und automatischer Gerätemuschaltung in Betrieb steht. Die Steuerung erfolgt mit Hilfe von graphischen Bildsichtgeräten.

Im Zuge der Arbeiten an Hoch- und Mittelspannungsnetzen wurde beim 380-kV-Netz auf der Strecke vom Kraftwerk Simmering zum Umspannwerk Kendlerstraße in den Bezirken

3, 4, 7, 15 und 16 mit den Kabelverlegungsarbeiten begonnen. Insgesamt konnten 1977 rund 36 km Einleiter-Niederdruckkabel und die dazugehörigen Kühlrohre verlegt sowie 6 Muffengruppen montiert werden. Das Bauwerk zur Kabelführung unter der Schnellbahn im Zuge der Strohgasse wurde fertiggestellt. Zum weiteren Ausbau des 110-kV-Kabelnetzes gelangten 55,5 km Einleiter-Niederdruckkabel samt zugehörigen Muffengruppen zur Verlegung. Diese Kabel wurden für die Strecken vom Kraftwerk Simmering zum Umspannwerk Kaunitzgasse sowie vom Kraftwerk Simmering über Umspannwerk Weißgerber zum Umspannwerk Neubad verlegt. Der Umbau und die gleichzeitige Verstärkung auf Bündelleiter der 110-kV-Freileitung vom Umspannwerk Nord zum Umspannwerk Bisamberg wurden fortgesetzt. Im 20-kV-Netz kamen Hauptkabel für das Betriebsbau- und Wohngebiet Wiener Flur, im Raume Breitenfurt und Rodaun sowie im Gebiet Langenzersdorf und Stadlau zur Verlegung. Zahlreiche 10-kV-Kabellegungen mit den Schwerpunkten im 2., 3., 10., 13., 14., 18., 21. und 22. Bezirk wurden vorgenommen. Die 5/10-kV-Umschaltung im Netzgebiet des Umspannwerkes Weißgerber wurde abgeschlossen. Im Netzgebiet Simmering wurden die Umschaltvorbereitungsarbeiten fortgesetzt.

Im Bereich des Niederspannungsnetzes konnte 1977 die Umschaltung von 3×220 V auf $3 \times 380/220$ V fortgesetzt werden. Die Niederspannungsnetze wurden weiter ausgebaut, so daß Ende 1977 insgesamt 5.200 km Drehstrom-Niederspannungskabel und 3.819 km Niederspannungsfreileitungen in Betrieb standen. Am Bahnkabelnetz wurden zur Versorgung der Straßenbahn mit Gleichstrom Kabellegungen für neue Bahnpunkte im 3. und 11. Bezirk durchgeführt. Der Ausbau der Anlagen zur Versorgung der U-Bahn wurde dem Bau- und Terminplan entsprechend fortgesetzt, wobei der Schwerpunkt im Bereich der U-Bahn-Unterwerke Wasserleitungswiese und Hauptzollamt sowie bei der 10-kV-Kabellegung zur Versorgung von Unterwerken lag. Der systematische Ausbau des Fernwirknetzes sowie die Errichtung von Richtfunkstrecken im Bereich Ebenfurth—Enzesfeld wurden fortgesetzt. Zu Jahresende standen im gesamten Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke 8.720 Netzstationen mit 9.009 Netztransformatoren und einer Nennleistung von zusammen 3.607.704 kVA in Betrieb. Im Bereich der öffentlichen Beleuchtung wurden 1.652 Lampen und Leuchtstoffröhren neu in Betrieb genommen; im Wiener Stadtgebiet waren, einschließlich der Verkehrsleuchten und Verkehrssignale, insgesamt 240.900 Lampen und Leuchtstoffröhren mit einem Anschlußwert von 15.170 kW, deren Wartung den Wiener Elektrizitätswerken anvertraut ist, angeschlossen.

Auch im Jahre 1977 war der Kundendienst mit einer Fülle von technischen und kaufmännischen Problemen befaßt. Im Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke betrug die Anzahl der zum Jahresende angeschlossenen Elektrizitätszähler 1.282.513, wobei sich gegenüber 1976 eine Zunahme von 8.028 Stück ergab. 21.100 Anlagen wurden neu angeschlossen. Wegen Nacheichung mußten rund 117.700 Zähler getauscht werden. Der Umtausch der Schaltuhren gegen Rundsteuerempfänger wurde weiter durchgeführt und bis auf den Bereich der Betriebsstelle Baden abgeschlossen. Die Überprüfung der technischen Daten für die Auswertung in der elektronischen Datenverarbeitungsanlage wurde in den Rayonen und in der Zählerdokumentation weitergeführt. Die neu geschaffenen Räume für die Beratungsstelle Mariahilfer Straße wurden so zeitgerecht fertiggestellt, daß die Übersiedlung vom Ausweichlokal in der Stiftgasse in der zweiten Novemberhälfte erfolgen konnte. Die Beratungsstelle nahm am 26. November 1977 den Betrieb auf und wies eine Besucherzahl von 10.884 Interessenten auf. Zur Einführung der Stichtagsablesung wurde der Einbau der entsprechenden Geräte bei Großabnehmern fortgesetzt.

Im Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke in Niederösterreich konnten neben umfangreichen Erhaltungsarbeiten der Ausbau und die Verstärkung des Verteilnetzes weitergeführt werden. In den Bereichen der Betriebsstellen Klosterneuburg und Purkersdorf wurde der Ausbau beziehungsweise die Verstärkung der Freileitungsnetze abgeschlossen. Besonderen Umfang erreichten die Kabelarbeiten in Verbindung mit dem Straßenbau.

Der kaufmännische Bereich der Elektrizitätswerke hatte sich 1977 neben den vielen Routinearbeiten mit den schwierigen Problemen hinsichtlich Entwicklung der Energiewirtschaft und der Strompreispolitik auseinanderzusetzen. So war im November über Auftrag eine Bedarfs- und Bedarfsdeckungsprognose für das Jahr 1978/79 auszuarbeiten. Darüber hinaus wurde dem Verband der Elektrizitätswerke Österreichs eine für das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erstellte Brennstoffbedarfsprognose für den gleichen Zeitraum übermittelt. Die im abgelaufenen Wirtschaftsjahr anhaltend rege Investitionstätigkeit fand nicht nur in der Wirtschaftsplanung selbst, sondern auch in allen anderen hievon betroffenen Bereichen der kaufmännischen Verwaltung ihren Niederschlag. Die letzte Strompreiserhöhung per 1. Jänner 1977 fiel in eine Periode, die in der Gas- und Stromverrechnung durch die sukzessive Umstellung der Jahresablesung und -abrechnung auf eine zeitliche und bezirksgruppenweise Zonenbildung gekennzeichnet war. Nach Abschluß der im Jahre 1976 in die Wege geleiteten Einführung der Jahresablesung nach Zonen war bereits der hievon erwartete Vorteil einer gleichmäßigen Arbeitsbelastung erkennbar. Als weitere Rationalisierungsmaßnahme wäre

die 1977 in Angriff genommene Neuinstallation eines Kundeninformationssystems für Sonderabnehmer zu erwähnen.

Im Jahre 1977 sind bei einem Personalstand von 4.198 Bediensteten, einschließlich jener des Rechenzentrums und der Lehrlinge, 110 Dienstnehmer durch Unfälle zu Schaden gekommen. Die Zahl der Unfälle verringerte sich gegenüber 1976 um 34. 22 Unfälle ereigneten sich auf dem Weg von oder zur Dienststelle. 3 waren Elektrounfälle. Von den 32 schweren Unfällen ereigneten sich 23 im Betrieb. 9 schwere Unfälle waren sogenannte Wegunfälle; bei einem davon war ein Menschenleben zu beklagen.

Da sich als häufigste Unfallursache nach wie vor „Unachtsamkeit“ herausstellte, war der sicherheitstechnische Dienst der Elektrizitätswerke vor allem bemüht, durch Vorträge, Filme über Unfallverhütung sowie durch Aufklärungsschriften auf die Gefahren und deren Vermeidung hinzuweisen. Weiters wurden gemeinsam mit dem betriebsärztlichen Dienst, dem Unfallverhütungsdienst der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und dem Arbeiter-Samariter-Bund 4 Erste-Hilfe-Kurse abgehalten. Von den gemäß Arbeitnehmerschutzgesetz eingesetzten Sicherheitsausschüssen hielten die Ausschüsse für das Kraftwerk Simmering 3 und für das Kraftwerk Donaustadt 2 Sitzungen ab. Der Zentrale Sicherheitsausschuß der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke trat einmal zusammen. Im Jahre 1977 waren in den Anlagen der Wiener Elektrizitätswerke 7 Einsätze der Feuerwehr erforderlich, 3 Brände konnten durch eigenes Personal gelöscht werden. Alle Objekte und Geräte wurden im Laufe des Jahres mehrmals, teilweise gemeinsam mit der Wiener Feuerwehr und dem Arbeitsinspektorat, auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden.

Das chemische Laboratorium als staatlich autorisierte Prüfstelle für Isolieröle führt außer den Untersuchungen für den Bedarf der werkseigenen Anlagen gegen Bezahlung der festgesetzten Honorarsätze auch solche für fremde Firmen durch. 1977 wurden 7.907 Analysen hergestellt. Im Rahmen der Wiener Stadtwerke wurden für die Verkehrsbetriebe alle Schmier- und Treibstoffe auf ihre Eignung geprüft. Außerdem wurden sämtliche im Werksbereich ausgeführten Konservierungs- und Anstreicherarbeiten sowie die zur Verwendung gelangenden Anstrichmittel überprüft, kontrolliert und beaufsichtigt. Das physikalische Laboratorium ist ebenfalls eine staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs. Es hat 1977 insgesamt 4.200 Betriebsmittelprüfungen für die Wiener Elektrizitätswerke und 1.333 Betriebsmittelprüfungen für fremde Firmen durchgeführt. Ebenso wurden 380 Prüfungen an Verbrauchsgerten, 130 Prüfaufträge für Installationsmaterial und 660 Prüfungen von Glühlampen, Leuchten und von Zubehör abgewickelt sowie 8.832 Prüfzeichen und 2.618 Prüfzeichenbescheinigungen ausgegeben. Die für fremde Firmen vorgenommenen Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterial, Leuchten usw. dienen der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens.

Gaswerke

Im Jahre 1977 wurden zur Erzeugung von Stadtgas 9,220.400 m³ Erdgas-Luftspaltgas, 30,098.500 m³ Aeromethan und 104,530.600 m³ Wasserdampfspaltgas hergestellt und 50,045.300 m³ Erdgas direkt beigemischt. Die gesamte Stadtgaserzeugung betrug daher im Jahre 1977 193,894.800 m³. Stadtgas wurde nur mehr im Werk Leopoldau erzeugt. Berücksichtigt man die Behälterdifferenzen von 591.000 m³, dann wurden insgesamt 194,485.800 m³ Stadtgas abgegeben. Diese Menge ist um 214,938.300 m³ geringer als die des Jahres 1976. Von den Werken Simmering und Leopoldau wurden 100,153.400 Normalkubikmeter Erdgas bezogen, für die Stadtgaserzeugung herangezogen sowie in den Kesselhäusern zur Dampferzeugung eingesetzt. Der CO-Gehalt im Stadtgas betrug im Jahre 1977 1,4 Prozent. Verkauft wurden 187,566.271 m³ und 695.529 m³ oder 0,37 Prozent der abgegebenen Stadtgasmenge im Eigenbedarf verbraucht. Die nutzbar abgegebene Stadtgasmenge war somit im Jahre 1977 insgesamt um 208,060.300 m³ oder 52,50 Prozent kleiner als im Jahre 1976. Der Stadtgasmeßverlust im Ausmaße von 6,224.000 m³ der von den Werken abgegebenen Stadtgasmenge blieb unverändert auf 3,2 Prozent beschränkt.

Die Umstellung der Gasversorgung auf Erdgasversorgung bringt auf Grund der jährlichen Umstellungsleistung ein ständiges Absinken der Stadtgasabgabe, aber zugleich eine Zunahme der Erdgas-Direktabgabe an Tarifabnehmer mit sich. Auf Basis Erdgas umgerechnet ergab sich ein Rückgang der 1976 an die Tarifabnehmer abgegebenen Gasmenge von 567,104.600 m³ auf 558,803.500 m³ im Jahre 1977, wobei sich der Anteil von Stadtgas von 194,159.500 m³ auf 92,230.500 m³ verringerte. Die Erdgasabgabe an die Tarifabnehmer belief sich im Jahre 1977 auf 466,573.000 m³, das sind um 25,1 Prozent mehr als 1976. Je Tarifabnehmer wurde eine durchschnittliche Gasabgabe von 724 m³ errechnet. Die größte Tagesabgabe wurde am 13. Dezember mit 3,541.200 m³, die stärkste Stundenabgabe am 8. Dezember zwischen 11 und 12 Uhr mit 192.300 m³ verzeichnet. Als stärkster Abgabemonat trat wie im Jahre 1976 der Dezember in Erscheinung.

Im Jahre 1977 wurden für die Rohrnetz berechnung die Neuvermessung des Meßgebietes F (Wien-Süd, Versorgungsgebiet in Nord-Süd-Richtung von Atzgersdorf bis Mödling und von Triester Straße bis Kaltenleutgeben — Perchtoldsdorf — Mödling), die Berechnung der Grundeinstellung des Meßgebietes N (Bezirke 16, 17, 18, 19), weiters die Erledigung von Heizgasanträgen sowie Optimierungsrechnungen für einige Bezirke bei der Projektierung von Rohrverlegungen durchgeführt. Vergleichsrechnungen ließen Schwachstellen in der Versorgung dieses Gebietes erkennen. Daher wurde die Errichtung einer zusätzlichen Regleranlage in 23, Willergasse, und in Guntramsdorf zur Verbesserung der Druckverhältnisse vorgeschlagen.

Die Umschaltung des Versorgungsnetzes der Gaswerke von Stadtgas auf Erdgas wurde während des Jahres 1977 planmäßig fortgesetzt. Am 3. Jänner 1977 wurde die noch 1976 begonnene Umstellung in den Haushalten des 18. Bezirkes fortgesetzt und am 11. Februar abgeschlossen. In weiterer Folge wurden die Umstellungsarbeiten im 9. Bezirk in Angriff genommen und nach einem Zeitraum von sieben Wochen am 29. April beendet, worauf die Arbeiten im 19. Bezirk weitergeführt wurden. Mit Abschluß der Umstellung der Haushalte im 19. Bezirk war auch die Erdgas-Hochdruckverbindung zwischen den Werken Simmering und Leopoldau über den Gürtel wieder gegeben. Danach wurde in der Zeit vom 8. bis 20. August der versorgungsmäßig mit dem 1. Bezirk zusammenhängende Teil des 8. Bezirkes umgestellt und im Anschluß daran vom 22. August bis 16. September der 1. Bezirk selbst in die direkte Erdgasversorgung einbezogen. Am 26. September wurde mit der Umstellung des 3. Bezirkes begonnen. Sie nahm den Zeitraum bis 24. Dezember 1977 in Anspruch. Zu diesem Zeitpunkt waren nur mehr der 20. Bezirk zur Gänze und der 2. Bezirk teilweise noch mit Stadtgas versorgt. Die Erhebungsarbeiten wurden für das noch umzustellende Gebiet bereits im September abgeschlossen. Von den im Jahre 1977 umgestellten 125.604 Haushalten mit 269.050 Geräten wurden 3.866 oder 3,08 Prozent als Sozialfälle eingestuft. Die Gerätedichte betrug in den 1977 auf Erdgas umgestellten Gebieten 2,14 pro Haushalt. Von den umgestellten Haushaltsgeräten waren 199.367 als „umbauwürdig“, 69.683 als „nicht mehr umbauwürdig“ gekennzeichnet worden. Die folgende Aufstellung weist im Jahresvergleich zu 1976 die Zahl der 1977 neu umgestellten Gasgeräte aus:

	1976	1977
Kochgeräte	126.103	118.885
Warmwassergeräte	83.841	97.894
Heizgeräte	41.722	52.271

Außerdem wurden insgesamt 69.514 Geräte, davon 37.263 Koch-, 25.305 Warmwasser- und 6.946 Heizgeräte, verkauft und angeschlossen.

Für die 51 betroffenen Rayone wurde in Zusammenarbeit mit der beauftragten Umstellfirma die organisatorische Vorarbeit für die Umstellung der gewerblichen und industriellen Gasanlagen durchgeführt, die Umstellung dieser Anlagen geleitet und gerätetmäßig überprüft. Wegen der Vielfalt der Gewerbegeräte kann im Gegensatz zu den Haushaltsgeräten der Großteil der organisatorischen Vorarbeiten nicht über die EDV abgewickelt werden. In einer beträchtlichen Anzahl von Betrieben mußte zudem auf die Abnehmer eingewirkt werden, um anlässlich des Umbaus und unter vertretbarem Aufwand eine Ausstattung mit modernen Sicherungs- und Regeleinrichtungen zu erreichen. Die Kostenbeteiligung der Gaswerke erforderte wie in den Vorjahren für jedes der umgestellten Gewerbegeräte eine genaue Kollaudierung zur Ermittlung des auf die Gaswerke entfallenden Kostenanteiles. Um spätere Reklamationen und Ersatzansprüche der Betriebe im vorinein auszuschließen, wurden in größeren Anlagen Wirkungsgradüberprüfungen durchgeführt. Leistungsfeststellungen erfolgten generell bei jenen Geräten, für deren Umstellung die Gaswerke Kostenbeiträge leisteten. Die Feststellung dieses Kostenbeitrages erforderte eine Trennung zwischen umstellungsbedingten Arbeiten und den Aufwendungen, die der Wartung, Reinigung und technischen Verbesserungen dienen. 1977 wurden 5.758 (1976 waren es 4.710) Gewerbe- und Industrieanlagen mit insgesamt 26.591 (gegenüber 1976 mit 18.866) Geräten und Feuerstätten umgestellt. Diese beträchtlichen Steigerungen im Jahresvergleich erklären sich durch eine hohe Dichte an gewerblichen Betrieben in den 51 Umstellrayonen, in denen auch eine Reihe von Großanlagen umgestellt werden mußte. Weiters mußten erhebliche Vorarbeiten für die im Jahre 1978 zur Umstellung gelangenden Großanlagen erbracht werden.

Im Zuge der Ausbau- und Erhaltungsarbeiten der Betriebsanlagen des Gaswerkes erfolgten im Werk Simmering die Errichtung einer Erdgasdruckregel- und Meßstation für die Erdgasumstellung, die einer Erdgaslastverteilerstation, einer Heißwasseranlage für die Erdgasvorwärmung sowie die einer Lagerung für die Flüssigkeit zur Erdgasodorierung, ferner die Verlegung einer Erdgashochdruckleitung zur Gasturbine im E-Werk und schließlich der Umbau der Schiebergruppen im und vor dem Reglerhaus. Im Werk Leopoldau wurden eine Erdgasdruck-

regel- und Meßstation für die Erdgasumstellung, eine Heißwasseranlage im bestehenden Gebäude zur Raumheizung mit Badewasserbereitung sowie eine Erdgasodierstation errichtet, 2 Rohrleitungen NW 700 für die Anspeisung des Mitteldruckrohrnetzes verlegt und 2 Wärmeaustauscher für die Beheizung der Gasgeräte aufgestellt. Weiters mußten für die Errichtung von 2 Kugelgasbehältern Richtanbote eingeholt und mit Genehmigungsbehörden und TÜV Vorbesprechungen abgehalten werden. Am Straßenrohrnetz erfolgten die Umlegung der „Nordleitung“ von der Stadionbrücke bis zur Vorgartenstraße sowie die Rohrstrangauswechslung im Bereich des Reichsbrückenprovisoriums. Für eine Hochdruckrohrleitungsverlegung beim Neubau der Reichsbrücke wurden Planungsarbeiten durchgeführt. Die Rohrverlegungsarbeiten sowie die Reglermontage an der Kledering-West-Erdgasleitung konnten in Angriff genommen werden.

Vom Hauptrohrnetz für Stadtgas wurden beim Niederdruckrohrnetz 12 m neu verlegt, 3.481 m aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen gewechselt und 988 m totgelegt. Ferner wurden von Stadtgas auf Erdgas 28.992 m Hochdruck- beziehungsweise Mitteldruckrohrleitungen und 299.936 m Niederdruckrohrleitungen umgeschaltet. Die Gesamtlänge des Stadtgasrohrnetzes betrug zum Jahresende 149.805 m gegenüber 479.709 m im Jahre 1976; davon entfielen 28.454 m auf das Hochdruck- und Mitteldruckrohrnetz und 121.351 m auf das Niederdruckrohrnetz. Der Rauminhalt des gesamten Stadtgashauptrohrnetzes wies 1977 einen Rückgang um 31.405 m³ auf; von den nunmehr insgesamt 20.482 m³ entfielen 10.040 m³ auf das Hoch- und Mitteldruckrohrnetz und 10.442 m³ auf das Niederdruckrohrnetz.

An Erdgas-Hauptrohrleitungen wurden 14.783 m neu verlegt, davon 8.083 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen und 6.700 m Niederdruckrohrleitungen. Außerdem wurden 40.055 m Hochdrucktransportleitungen, die schon in früheren Jahren verlegt wurden, nach Inbetriebnahme des gesamten ADOS-Systems in den Rohrnetzstand übernommen. Hauptrohrverlegungen erfolgten unter anderem zur Versorgung von neu entstandenen Wohngebieten und Industrieanlagen in 14, Abraham a Sancta Clara-Straße und Anzengruberstraße, in 18, Messerschmidtgasse, in 19, Börnergasse, Daringergasse und Weinberggasse, in 21, Voltelinstraße, und in 23, Dernjagasse und Karl Tornay-Gasse. Neuverlegungen wurden auch in den niederösterreichischen Gemeinden Brunn am Gebirge, Gerasdorf, Guntramsdorf, Hengersdorf, Klosterneuburg, Langenzersdorf, Maria-Enzersdorf und Wiener Neudorf vorgenommen. Im Zuge der Rohrnetzsanierung wurden 22.261 m Rohrnetz und 2.500 Muffen nach verschiedenen Verfahren saniert. Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen wurden 94.644 m Erdgashauptrohrleitungen gewechselt; davon waren 8.474 m Erdgashochdruck- und Mitteldruckrohrleitungen und 86.170 m Erdgasniederdruckrohrleitungen. Außer Betrieb gesetzt wurden 8.347 m Erdgasniederdruckrohrleitungen und des weiteren 28.992 m Hochdruck- und Mitteldruckrohrstränge und 299.936 m Niederdruckrohrstränge von Stadtgas auf Erdgas umgeschaltet. Die Gesamtlänge des Erdgashauptrohrnetzes, einschließlich Erdgas-Hochdrucktransportleitungen, betrug gegenüber 2.309.415 m im Jahre 1976 zu Jahresende 1977 2.684.834 m; davon entfielen 402.802 m auf das Erdgas-Hochdruck- und Mitteldruckrohrnetz und 2.282.032 m auf das Erdgas-Niederdruckrohrnetz. Der Rauminhalt wurde mit 142.385 m³ beziffert; davon 48.494 m³ Erdgashochdruck- und Mitteldruckrohrnetz und 93.891 m³ Erdgas-Niederdruckrohrnetz. Die Gesamtlänge des Stadtgas- und Erdgashauptrohrnetzes erhöhte sich im Jahre 1977 um 45.515 m auf 2.834.639 m. Die Bauaufsicht prüfte 1977 beim Stadtgashauptrohrnetz 4.534 und beim Erdgashauptrohrnetz 20.715 fremde Aufgrabungen, wobei am Stadtgashauptrohrnetz 964 Stellen und 2.292 Hausanschlüsse sowie am Erdgashauptrohrnetz 2.797 Stellen und 6.654 Hausanschlüsse freigelegt wurden. Vom Gasspürdienst wurden 253 durchgerostete Stahlrohre und Rohrbrüche, 10.159 undichte Muffen und 810 undichte Rohrschellen und Armaturen aufgefunden und repariert.

Ende 1977 standen insgesamt 244 Druckregleranlagen in Betrieb, um 30 mehr als 1976. Druckreduzierstationen zwischen den Transportleitungen und den Transportanschlußleitungen waren in Süßenbrunn, Eßling, bei den Verkehrsbetrieben, beim Werk Simmering und beim Werk Leopoldau vorhanden. In Hinblick auf die weitere Erdgasumstellung wurden die in Frage kommenden Regleranlagen auf ihre Eignung für den Erdgasbetrieb überprüft und, wenn nötig, durch Auswechslung von Anlagenteilen hierfür ausgerüstet. Diese oft sehr umfangreichen und technisch schwierigen Montagearbeiten konnten zur Gänze von gaswerkseigenen Kräften durchgeführt werden. 552 Druckregler wurden gereinigt, die Ausrüstung von Regleranlagen mit schreibenden Mengenmeßgeräten wurde fortgesetzt. Ende 1977 waren insgesamt 114 Anlagen derart ausgerüstet. Bei den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg waren laufend Erhaltungs-, Überholungs- und Ausbauarbeiten durchzuführen. 1.078 Zuleitungen wurden neu hergestellt und 1.823 instand gesetzt. Vom Gashauptrohrnetz wurden 431 Zuleitungen getrennt. Anlässlich der Herstellung von neuen Straßenbelägen wurden 133 Zuleitungsuntersuchungen durchgeführt. Insgesamt bestanden 96.200 Zuleitungen.

Die Zahl der Gaszähler hat sich im Jahre 1977 durch 6.183 Neuaufstellungen und 9.277 Wegnahmen um insgesamt 3.094 auf 770.781 mit einer Anschlußleistung von 3.058.644 Kubikmeter je Stunde verringert. Davon waren am Jahresende 1977 730.080 Wohnungsgaszähler. Im Jahre 1977 wurden außerdem 10 Münzgaszähler neu aufgestellt und 42 abmontiert. Am Jahresende standen in Waschküchen 6.020 Münzgaszähler, davon 3.723 in Gemeindebauten und 2.297 in Privatbauten, außerdem 252 Hochleistungsgaszähler in Benützung. In den eigenen Werkstätten wurden im Jahre 1977 88.256 Gaszähler untersucht, davon 160 wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung einer Generalreparatur unterzogen, 6.105 Stück mit dem Kubiziergerät justiert und 19.016 zur amtlichen Eichung vorgestellt. Außerdem wurden noch an weiteren 9.481 Gaszählern kleinere Reparaturen durchgeführt. Bei verschiedenen Gaszähler-Erzeugerfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 1.902 Gaszähler repariert, 1.280 mußten kostenlos instand gesetzt werden, da die Garantiefrist der Firmen noch nicht abgelaufen war.

An 35.795 von zuständigen Fachfirmen verlegten Leitungsanlagen wurde durch technische Beamte eine Dichtheitsprüfung durchgeführt, wobei sich in 948 Fällen Beanstandungen ergaben. Der Hausdienst wurde 1977 für verschiedene Arbeiten, wie Erhebungen, Standablesungen, Wartungen, Funktionsprüfungen und Kommissionen, eingesetzt und hat zum Teil auch bei der Umstellung von Stadtgas- auf Erdgasversorgung mitgearbeitet. Ende 1977 verwendeten 13.582 Gewerbe- und 6.410 Industriebetriebe Stadtgas oder Erdgas. Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 31.496 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft. Von den im Jahre 1977 erledigten 27.860 Heizgasanträgen wurden 27.388 mit einer Nennbelastung von 631.847,3 Mcal/h genehmigt, 472 mit einer Nennbelastung von 23.034,0 Mcal/h abgelehnt. Auf Grund der erteilten Genehmigungen konnten 18.628 Gasheizkessel, 10.163 Strahler und Radiatoren, 2.490 Außenwandheizöfen und 360 Speicheröfen an das Gasnetz angeschlossen werden.

Dem Gebrechenbehebungsdienst gingen 117.082 Störungsmeldungen zu. Zu den bearbeiteten 47.396 Störungen und Gebrechen kamen 2.643 Fälle, in denen Zuleitungen mit CO₂ und Vakuum zu reinigen waren; 67.043 Fälle betrafen Ein- und Abschaltungen sowie Untersuchungen der Anlage. Von den Störungen und Gebrechen entfielen 24.971 auf Haushalts- und Gewerbegeräte, 18.704 auf Gaszähler und Gaszählerverbindungen und 2.899 auf Zu- und Steigleitungen, der Rest auf Gebrechen unterschiedlicher Art. Der Rostanfall bei den mit Erfolg durchgeführten Vakuumreinigungen von 2.608 Zuleitungen ergab ein Gewicht von 1.573 kg.

Im Jahre 1977 wurden bei insgesamt 58 Meldungen an 84 Personen Gas- und Abgasvergiftungen festgestellt; davon waren 19 mit tödlichem Ausgang. Die Todesfälle betrafen 2 Selbstmorde oder Morde, 1 Unfall durch Gasausströmung und 16 Unfälle durch Abgase. In 65 Fällen erkrankten Personen, und zwar 6 bei Selbstmord- beziehungsweise Mordversuchen, 4 durch ausströmendes Gas und 55 Unfälle geschahen durch Abgase.

Der Werbe- und Beratungsdienst war vor allem auf die Benützung von Erdgas ausgerichtet. Die Informationsstelle Mariahilfer Straße wurde von 85.000 Personen besucht, im Erdgas-Informationsbus fanden sich 45.567 interessierte Besucher ein, die insgesamt 40.963 Bestellungen von Erdgasgeräten tätigten. Anlässlich der Ausstellung „senior — aktuell“ vom 23. bis 26. März in der Wiener Stadthalle war ein Beratungsdienst eingerichtet, der 176mal zu Rate gezogen wurde.

In der „Behördlich autorisierten Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke“ wurden 128 Gasgeräte und Armaturen zur Prüfung angemeldet und an 122 diese durchgeführt. Weiters wurden 220 Gebläsebrenner und 5 atmosphärische Brenner überprüft und zahlreiche andere Prüfungen und Versuche, Heizwertbestimmungen und Arbeiten verschiedener Art getätigt. Die Teilnahme an Sitzungen von Normen- und Prüfausschüssen, die Mitarbeit im Fachnormenausschuß „Gasgeräte“, die Mitarbeit und Leitung der ÖVGW-Ausschüsse „Abgasklappen und Abgastemperatur“, die Teilnahme an Tagungen der „Internationalen Gas-Union (IGU)“ sowie die Mitarbeit bei der EFTA-Kommission über gegenseitige Anerkennung von Geräteprüfungen gehörten ebenfalls zum Aufgabenbereich der Versuchsanstalt.

Verkehrsbetriebe

Die Frequenz von Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn ist im Jahre 1977 um 1,7 Prozent auf 351,4 Millionen Fahrgäste gesunken, die Wagen-Nutz-Kilometerleistung hingegen um 1,4 Prozent auf 75,3 Millionen Kilometer gestiegen. Trotz zusätzlichem Schichtaufwand für Intervall-

verdichtungen konnten durch fortgesetzte Rationalisierungsmaßnahmen insgesamt 35 Fahrbedienstete eingespart werden. Ende 1977 wurden 15 Straßenbahnlinien ganztägig und weitere 14 Straßenbahnlinien im Abend-, Samstag- beziehungsweise Sonn- und Feiertagsverkehr nur mit einem Fahrer betrieben. Auf 28 Straßenbahnlinien wurden an Werktagen ganztägig schaffnerlose Beiwagen eingesetzt, auf weiteren 2 Linien standen sie fallweise im Einsatz.

Es mußte auch 1977 wieder eine Reihe von zusätzlichen Betriebsmaßnahmen getroffen werden. Auf der Straßenbahnlinie 58 waren ab 9. Jänner schaffnerlose Triebwagen eingesetzt. Der Bahnhof Koppreitergasse wurde ab 15. Jänner aufgelassen. Durch die Sperre der Floridsdorfer Brücke mußte ab 17. Jänner eine Autobuslinie ohne Liniensignal als Schienenersatzverkehr zwischen Floridsdorf, Am Spitz, und Stadtbahn Nußdorfer Straße über die Nordbrücke geführt werden. Auf der Linie 132 wurden ab 29. Jänner schaffnerlose Züge eingesetzt. Der durchgehende Verkehr der Straßenbahnlinien 31/5, 132, 231 und 331 über die Floridsdorfer Brücke wurde am 2. April wieder aufgenommen. Für den Bau der Stadtbahnstation Thaliastraße mußte die Linie 8 ab 10. Mai auf einem 110 Meter langen Abschnitt zwischen Thaliastraße und Koppstraße eingleisig geführt werden. Die Versorgung der Linie U 4 (Auslauf und Einziehen der Züge) erfolgte ab 12. Mai vom Bahnhof Wasserleitungswiese. Im Bahnhof Vorgarten wurden ab 1. August Gelenkzüge mit Rollbandapparaten zur Fahrzielanzeige eingesetzt, auf der Linie T fahren ab 24. September an Wochenenden schaffnerlose Züge. Wegen Umbau des Friedrich Engels-Platzes mußten die Linien O und 29 zwischen 8. Oktober und 16. Dezember über den Bahnhof Brigittenau umgeleitet werden; die neue Gleisschleife der Linien O und 29 am Friedrich Engels-Platz konnte am 16. Dezember in Betrieb genommen werden.

Anlässlich der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, der Wiener Festwochen, des Muttertages, des Allerheiligen-, Vorweihnachts- und Silvesterverkehrs war ein vermehrter Wageneinsatz erforderlich. Ebenso mußte den Veranstaltungen im Stadion und auf den übrigen Sportplätzen, in der Wiener Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz, in der Kurhalle Oberlaa, ferner dem Oster- und Pfingstverkehr, verschiedenen Ablenkungen bei Demonstrationen, dem Volksstimme-Fest, dem Tag der offenen Tür, dem Radstation sowie dem Bäder- und Ausflugsverkehr durch ein verbessertes Platz- und Frequenzangebot Rechnung getragen werden. Für den Schülerverkehr mußten die Straßenbahnlinien 10, 38 und 167, zahlreiche Autobuslinien sowie die Stadtbahnlinie WG/GW verstärkt geführt werden. Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn, wenn man vom Allerheiligenverkehr absieht, mußte am Donnerstag, dem 28. Oktober, mit 174.579 Wagen-Nutz-Kilometern, auf der Stadtbahn am Freitag, dem 18. März, mit 66.576 Wagen-Nutz-Kilometern und auf der U-Bahn am Dienstag, dem 29. März, mit 1.320 Wagen-Nutz-Kilometern erbracht werden. Die saisonbedingten periodischen Frequenzzählungen seitens der Schaffner wurden auch 1977 durchgeführt, außerdem eine Zählung im Silvester-Nachtverkehr. Weiters erfolgten Fahrgastzählungen auf der Schnellbahn zu Verrechnungszwecken im März, Juli und Oktober.

Die Betriebsüberwachung führte durch 121 Revisoren insgesamt 171.507 Wagenkontrollen durch, wobei neben dem Fahrpersonal 2.125.704 Fahrgäste überprüft und 30.709 meldepflichtige Vorgänge festgehalten wurden. Außerdem waren weitere 74 Kontrolloren nur für die Fahrscheinüberprüfung in den schaffnerlosen Wagen sowie im gesamten Stadtbahnbereich eingesetzt. Diese Kontrolloren überprüften bei 193.772 Wagenkontrollen 2.980.094 Fahrgäste und hielten 43.030 meldepflichtige Vorgänge fest. Neben dem normalen Dienst zu den Hauptverkehrszeiten waren die Beamten der Dienstüberwachung bei verschiedenen Sonderveranstaltungen, wie Ringablenkungen im Zusammenhang mit Demonstrationen, kirchlichen Umzügen, Sportveranstaltungen im Stadion und in der Stadthalle, tätig. Wiederum gut bewährt hat sich auch 1977 der betriebsinterne Funkwagendienst im Einsatz bei Verkehrsunfällen und Betriebsereignissen sowie bei der Störungsbehebung. Im Lastenverkehr wurden für das Unternehmen sowie für private Baufirmen insgesamt 5.621 Fahrten im Straßenbahn- und Stadtbahnbereich geleistet. 1976 konnten im Fahrdienst 364 Männer und 21 Frauen aufgenommen werden. Demstand durch Kündigung, Pensionierung oder Tod ein Abgang von insgesamt 229 Bediensteten gegenüber. 494 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, davon 172 Bedienstete für den Fahrdienst, 203 für den Schaffnerdienst und 119 Bedienstete für den Autobusdienst. Dazu erhielten 5.174 Bedienstete eine Ausbildung für Spezialtypen des Fuhrparks, als Stellwerkswärter, für den Zentralfriedhofsverkehr und als Kontrolloren in Wiederholungsschulen usw., davon 1.815 als Fahrer, 1.543 als Schaffner und 1.816 als Autobuslenker. Insgesamt standen am Jahresende 1977 39 Straßenbahn- und 5 Stadtbahnlinien in Betrieb.

Die Fahrgastfrequenz im Autobusbetrieb sank um 0,8 Prozent auf 77,9 Millionen Beförderungsfälle, die Wagen-Nutz-Kilometerleistung stieg um 2,9 Prozent auf 16 Millionen Kilometer an.

Nach Fertigstellung der Autobusschleife beim Wohnpark Alt-Erlaa wurden ab 10. Jänner die bisher zwischen Raxstraße und Steinsee geführten Autobusse bis Wohnpark Alt-Erlaa verlängert geführt. Aus kundendienstlichen Gründen wurde der Betriebsbeginn der innerstädtischen Linie 1 S vom 7. Fe-

bruar an vorverlegt. Die Linie 32 A im Streckenteil Ruthnergasse—Strebersdorf wurde ab 21. Februar im Auftrag der Verkehrsbetriebe von der Firma Herbert Gschwindl übernommen. Gleichzeitig wurden die Abfahrtszeiten der ersten Autobusse an allen Tagen um 20 Minuten vorverlegt. Die provisorische Fahrstrecke der Linie 164 A Richtung Liesing, Schnellbahn Haeckelstraße—Stuschkagasse—Lehmann-gasse—Zufahrt zum Liesinger Platz konnte ab 24. März in eine ständige Linienführung umgewandelt werden. Zur besseren Anbindung des 20. Bezirkes an die Schnellbahn wurde ab 20. April die Linie 33 A von Wexstraße bis zur Schnellbahnstation Traisengasse verlängert. An Stelle des Schienen-ersatzverkehrs von Floridsdorf Am Spitz bis Stadtbahn Nußdorfer Straße war zum selben Zeitpunkt eine ständige Linie mit dem Liniensignal 33 A einzusetzen. Nach Fertigstellung der Fahrbahn über den Karlsplatz wurden ab 16. April die Autobusse der Linie 61 A über die Rechte Wienzeile — Friedrichstraße — Kärntner Straße zur Endstelle in der Nebenfahrbahn am Opernring und zurück über Operngasse zur Margarettenstraße geführt. Durch die Erweiterung der Fahrstrecke der Linie 66 A konnte ab 23. Mai bei Fahrten von beziehungsweise nach Großmarkt Inzersdorf das Industrie-gebiet verkehrsmäßig erschlossen werden. Auf der Linie 13 A wurden ab 2. Juli Doppeldecker-autobusse im Einmannbetrieb verwendet. Aus betriebstechnischen Gründen mußten ab 2. Juli die Linie 33 A nicht mehr von der Garage Grinzing, sondern von der Garage Vorgarten, und die Linie 34 A von der Garage Grinzing, statt wie bisher von der Garage Vorgarten, geführt werden. Um einen früheren Betriebsbeginn ab Atzgersdorf Richtung Stadt zu ermöglichen, wurde ab 15. Sep-tember eine neue Einführungsstrecke, die ohne Fahrgäste befahren wird, festgelegt. Die Betriebs-zeiten der Linie 64 A wurden ab 25. September auch an Sonn- und Feiertagen an die der Werktag e angeglichen. Aus kundendienstlichen Gründen fährt ab 22. Oktober die vom Verkehrsbetrieb Dr. Richard in der Tarifgemeinschaft mit den Verkehrsbetrieben geführte Linie 31 B von der End-stelle der Linie 331 in Stammersdorf nach Stammersdorf — Zentralfriedhof an allen Tagen während der Öffnungszeiten des Friedhofs. Der Betriebsschluß auf der Linie 24 A wurde ab 5. Dezember aus kundendienstlichen Gründen an allen Tagen verlängert. Im Jahre 1977 mußten aus unterschiedlichen Gründen 10 Haltestellen aufgelassen, 40 neu errichtet und 15 für ständig verlegt werden. Aus diver-sen Gründen wurde für verschiedene Straßenbahn- und Stadtbahnlinien zeitweise ein Autobus-ersatzverkehr geleistet; zahlreiche Sonderfahrten wurden auf Bestellung durchgeführt.

1977 waren 119 Bedienstete als Autobuslenker, 4 als Lastwagenlenker, 13 als Verschublenker und 1.816 sonstige Bedienstete in diversen Schulen aus- oder weiterzubilden.

Mit Jahresende waren insgesamt 20 im Wiener Stadtgebiet betriebene Privatautobuslinien (Ein-landlinien) in die Tarifgemeinschaft mit den Verkehrsbetrieben einbezogen. Außerdem besteht für die Autobuslinie Heiligenstadt — Klosterneuburg (Dr. Richard und Firma Zuklin) weiterhin eine Regelung, die es den Bewohnern des Raumes Kahlenbergerdorf und den dort Beschäftigten ermög-licht, diese Linie zwischen Heiligenstadt und Donauwarte (Stadtgrenze) zum Einheitstarif der Ver-kehrsbetriebe zu benutzen.

Die Abteilung für Betriebsangelegenheiten und elektrische Streckenausrüstung der U - B a h n hatte 1977 weitere wichtige Arbeiten durchgeführt. Sämtliche Anlagen für Traktionsstrom, Signal, Nieder-spannung, Funk, Telefon sowie die Stellwerke Reumannplatz und Taubstummengasse wurden im Laufe des Jahres fertiggestellt, so daß im August mit dem Schul- und Probetrieb zwischen Reu-mannplatz und Stephansplatz begonnen werden konnte. Es gelang weiters, den Fahrgastbetrieb zwischen Reumannplatz und Karlsplatz zum Tag der offenen Tür mit jeweils einem Zug pro Gleis störungsfrei abzuwickeln. Vom Bahnhof Wasserleitungswiese konnten seit Oktober die U-Bahnzüge mit eigener Kraft in die U 1 überstellt werden. In enger Zusammenarbeit mit den Magistratsdienst-stellen, den Elektrizitätswerken und Zivilingenieuren wurden die erforderlichen Unterlagen für die Projektierung und Bauausführung der Reichsbrücke sowie für die Verlängerung der U 1 bis Kagran erarbeitet. Weiters mußten gemeinsam mit den bautechnischen Dienststellen die für die Umstellung der Stadtbahn auf U-Bahnbetrieb (Linie U 4) notwendigen terminlichen und technischen Erforder-nisse festgelegt werden. In Zusammenarbeit mit den Wiener Elektrizitätswerken und den Dienst-stellen der Verkehrsbetriebe wurde die Traktionsstromversorgung auf der Gürtellinie fixiert. Die Traktionsstromanlagen, wie Stromschienen und Verkabelung, sowie die Errichtung von Schalt-anlagen im Bahnhof Wasserleitungswiese konnten abgeschlossen werden, ebenso die Errichtung der Niederspannungsanlagen. Auf der U 1 wurde über den Stephansplatz hinaus mit der Installation der Traktions- und Niederspannungsanlagen baufortschreitend begonnen, auf der U 4 konnte die Strom-schienenmontage zwischen Friedensbrücke und Karlsplatz weitgehend abgeschlossen werden. Die Niederspannungsanlagen wurden ebenfalls baufortschreitend errichtet. Über den Karlsplatz hinaus wurde mit der Tunnelinstallation begonnen. Auf der U 4 zwischen Heiligenstadt und Schottenring mußte ein Großteil der für die Signalanlagen und Stellwerke erforderlichen Kabel verlegt werden. Im Stellwerk Schottenring konnten die Montagen sehr weit vorgebracht werden. Im Abschnitt

der U 1 wurde mit der Montage der Stationsüberwachungen, der Fernsehüberwachungen, des Funks und der Telefonanlagen begonnen und diese weitgehend abgeschlossen, ebenso die Montage der Notrufstellen, der gesamten Elektroakustikanlage und der Zugzielanzeiger zwischen Reumannplatz und Karlsplatz. Auf der U 4 wurde die Installation der Funkkabel in Angriff genommen. Die Fahrscheinautomaten und Entwerter wurden bestellt und geliefert; mit deren Montage konnte begonnen werden. Das Leitsystem auf der U 1 zwischen Reumannplatz und Karlsplatz wurde montagemäßig beendet. Für die U-Bahn war ein eigenes Schlüsselssystem zu erarbeiten und mit allen betroffenen Dienststellen abzuklären, so daß mit dem Einbau begonnen werden konnte. Die einheitliche Beschriftung und die Beschilderung der U-Bahn wurden auf dem vor der Eröffnung stehenden Abschnitt der U 1 zum Abschluß gebracht. Im Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese konnten die Montage der notwendigen Aufzüge, Konistände, Werkstatteinrichtungen und Waschanlage abgeschlossen und die Projektierung der Unterflurdrehmaschine begonnen werden. In den Stationen Heiligenstadt und Friedensbrücke wurden die Fahrtreppen eingebaut. Die Montage der Fernsteuerwarte der Stromversorgung wurde in Angriff genommen, der Zwischenboden für den ganzen Leitstellenbereich fertiggestellt. In diese Anlage konnte nach schwierigen Verhandlungen mit dem Magistrat die zentrale Überwachung der Stationsüberwachung integriert werden, wodurch eine wirtschaftliche Lösung zustande kam. Das Zentralstellwerk wurde montagemäßig begonnen. Die Anlage für die Betriebsüberwachung der Stationen und Bahnsteige konnte nach Vergabe der Fernseh-, Telefon-, Notruf-, Uhren- und Stationsüberwachungsanlagen montagemäßig sehr weit vorgebracht werden. Der Abteilung für bautechnische Anlegenheiten der U-Bahn unterstanden die Gleisbauarbeiten auf der Linie U 1, die zwischen Reumannplatz und Schwedenplatz fertiggestellt werden konnten. Im Zuge der Arbeiten auf der Linie U 4 erfolgte der Umbau der Station Heiligenstadt und Friedensbrücke. In Heiligenstadt wurde der neue U-Bahn-Bahnsteig mit den dazugehörigen Gleisanlagen am 26. November 1977 in Betrieb genommen und anschließend daran der alte U-Bahn-Teilbetriebsbahnsteig samt dem Gleisprovisorium abgetragen. Die Sanierungsarbeiten für den Fußgehertunnel, die rohbauliche Fertigstellung des Unterwerkes sowie die Vorarbeiten für die Errichtung des Aufnahmegebäudes am Vorplatz konnten ausgeführt werden. Der neue U-Bahn- und Stadtbahn-Bahnsteig wurde im Rohbau fertiggestellt, der bestehende Stadtbahn-Bahnsteig in der Station Friedensbrücke abgetragen; die Fertigteile mußten durch ein Holzprovisorium ersetzt und die Fundamente für den neuen U-Bahn-Bahnsteig hergestellt werden. Im Bereich der Rampenstrecke zum Verbindungsbogen konnte das Stahltragwerk für die Stadtbahntrasse errichtet werden, wobei aber die Teile, die erst in der Umstellphase eingebaut werden können, noch fehlen. Die Gleise auf dem Tragwerk wurden noch nicht verlegt. Im V. Bauabschnitt der U 4, von Schwedenplatz bis Roßauer Lände, wurden die Arbeiten am Tunnel der U 2 zwischen Station Schottenring und Deutschmeisterplatz mit Ausnahme des Notausstieges und des Lüftungsbauwerkes weitgehend fertiggestellt. Die restlichen Arbeiten im U 4-Bereich wurden weitergeführt und mit Ausnahme der Galerieabschlußwände sowie des Notausstieges Morzinplatz abgeschlossen. Die Gleisbauarbeiten im Bereich der U 4 wurden, soweit sie vor der U-Bahn-Umstellung durchgeführt werden können, ebenso wie die Betriebsgleisverbindung zwischen U 1 und U 4 fertiggestellt. Die Enderbeiten in den Nebenräumen der Station Schottenring konnten abgeschlossen, der Perron 1 sowie das Aufnahmegebäude Ost der Station Schottenring fertiggestellt werden. Mit dem Bau des Aufnahmegebäudes West sowie des Straßenbahnflugdaches für die Linie 331 wurde in der 2. Jahreshälfte begonnen. Im Zuge des Umbaus auf der U 4 zwischen Karlsplatz und Schwedenplatz konnte der Gleisbau bis auf den Bereich der Station Landstraße abgeschlossen werden. In der Station Landstraße verliefen die Rohbauarbeiten programmgemäß und konnten bis zur Umstellung vorangetrieben werden. In der Station Stadtpark wurde die Hebung des Bahnsteiges vorbereitet. Die komplizierten Restaurierungsarbeiten an dem denkmalgeschützten Objekt wurden weitergeführt und standen knapp vor dem Abschluß. Zwischen den Stationen Karlsplatz, Kettenbrückengasse und Pilgramgasse wurden die beiden Gleise auf den U-Bahn-Oberbau umgestellt; im Oktober 1977 setzten die Gleisbauarbeiten zwischen den Stationen Unter St. Veit und Braunschweigsgasse ein. Im Bereich zwischen Wienflußbrücke und Ober St. Veit wurden Bodenaufschließungen und Gewölbepanierungen durchgeführt. Für die Umstellung der USTRAB-Linie 2 konnte mit den Gleisbauarbeiten in der 2. Jahreshälfte begonnen werden. Der neue Oberbau zwischen Rampe Secession und Station Mariahilfer Straße wurde fertiggestellt.

Der Wagenpark der Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn umfaßte zu Jahresbeginn 1977 einen Gesamtstand von 1.964 Personenfahrzeugen, die sich auf 827 Straßenbahn-Triebwagen und 736 Straßenbahn-Beiwagen, 127 Stadtbahn-Triebwagen und 198 Stadtbahn-Beiwagen sowie auf 76 U-Bahn-Wagen in Form von 38 Doppeltriebwagen aufteilten. Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit beziehungsweise Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden 34 Triebwagen der Typenreihe B, M, T 1, N 1 sowie 46 Beiwagen der Typenreihe b, m₂, m₃, n₂ ausgeschieden. 3 Einmann-

Gelenktriebwagen der neuen Typenreihe E2, 8 Beiwagen der Typenreihe c4 und 7 Beiwagen der neuen Typenreihe cs sowie 24 U-Bahn-Doppeltriebwagen (48) wurden angeschafft und in den Stand der Personenfahrzeuge aufgenommen. Somit umfaßte zum Jahresende 1977 der Wagenpark 1.950 Personenfahrzeuge, und zwar 803 Straßenbahn-Triebwagen und 713 Straßenbahn-Beiwagen, 120 Stadtbahn-Triebwagen und 190 Stadtbahn-Beiwagen sowie 124 U-Bahn-Wagen (62 Doppeltriebwagen). Der Gesamtstand an sechsachsigen Gelenktriebwagen betrug 430, das sind 53,5 Prozent aller Straßenbahn-Personentriebwagen. Auf den Gesamtwagenpark bezogen, verfügt der Straßenbahnbetrieb über 1.388 Personenfahrzeuge mit Stahlaufbauten; das sind 91,5 Prozent des Standes. Der Umbau von Trieb- und Beiwagen für den schaffnerlosen Betrieb wurde 1977 weiter fortgesetzt. Umgebaut wurden 9 Gelenktriebwagen der Type E und 20 Gelenktriebwagen der Type E1 auf den Einmannbetrieb samt schaffnerlosem Beiwagen. Somit standen zum Jahresende insgesamt 672 Triebwagen und 599 Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb zur Verfügung, wobei von den Triebwagen 286 Gelenkzüge für den Einmannbetrieb verwendbar sind. Im Jahre 1977 erfolgte die Lieferung weiterer 24 U-Bahn-Doppeltriebwagen (48 Wagen), wodurch ein Stand von 62 U-Bahn-Doppeltriebwagen erreicht wurde.

Der Wagenpark der Autobusse wurde im Jahre 1977 durch Kauf von 10 Gelenkautobussen der Type GU 230/54/69 A, 25 Doppeldeckautobussen der Type DDH 200/13/16, 2 Bodengruppen von Doppeldeckautobussen sowie 2 Bodengruppen von Gelenkautobussen von der Firma Gräf & Stift vergrößert. Des weiteren erfolgte die Bezahlung der bereits im Jahre 1976 gelieferten 10 Citybusse der Firma Steyr-Wien. Sowohl die Gelenkbusse der Type GU 230/54/69 A als auch die Doppeldeckautobusse der Type DDH 200/43/16 bildeten die Fortsetzung der im Jahre 1976 gekauften Fahrzeuge. Sie sind mit Funk- und Tonbandgeräten sowie mit automatischen Rollbahnapparaten zur Fahrtzielanzeige in Front und Seite ausgestattet. Durch die gleichzeitig vorgenommene Nachrüstung von Autobussen mit Funk konnte mit Jahresende 1977 ein Stand von 72 mit Funk ausgerüsteten Autobussen, und zwar 32 Doppeldeck- und 40 Gelenkautobusse, erreicht werden. Des weiteren wurde auf der Basis der Gelenkzüge und Doppeldeckbusse oder aus Teilen dieser Typen der Prototyp eines Normalautobusses entwickelt, der ab Jahresbeginn 1978 im Linienverkehr erprobt werden soll. In Hinblick auf die beabsichtigte Reduzierung der Rüstwagenstationen wurde ein zweiter Universalrüstwagen, Type und Ausstattung analog dem im Wirtschaftsjahr 1976 gekauften Universalrüstwagen, angeschafft. Im Einvernehmen mit dem Schulbüro wurden 3 Autobusse der Typenreihe U7 für Schulschulzwecke (D-Führerschein) adaptiert.

Die Hochbauarbeiten konnten in Zusammenarbeit mit der U-Bahngruppe im U-Bahn-Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese mit der Herstellung der Waschanlage, des Kabellagers und des Raumes für die Notstromaggregate weitgehend abgeschlossen werden. Im Bahnhof Heiligenstadt wurden die Bauarbeiten für die neue Endstelle der Linie U4 sowie für die Errichtung eines neuen Unterwerkes für die Stromversorgung der U-Bahn fortgesetzt. In der Station Friedensbrücke wurde mit den Umbauarbeiten begonnen. Für die teilweise Umgestaltung des Bahnsteiges mußten die alte Bahnsteigdach-Konstruktion und der Stiegenabgang abgetragen werden. In den Stationen Roßauer Lände und Stadtpark wurden die Fassaden instand gesetzt und diverse Adaptierungs- und Ausbesserungsarbeiten durchgeführt. In der Station Pilgramgasse konnte mit den Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung eines neuen Unterwerkes für die U-Bahn begonnen werden. Zum Abschluß gebracht wurden im Bereich der Stadtbahn die Arbeiten für die Errichtung eines zweiten Aufganges der Stadtbahnstation Burggasse; mit der Errichtung einer Station Thaliastraße wurde begonnen.

Um die Bauarbeiten für die U-Bahn ungehindert fortsetzen zu können, war es notwendig, diverse Gleisprovisorien zu legen. Die Gleisbauarbeiten im Zuge der Schleife Franz Josefs-Kai — Schottenring sowie im Bereich des Friedrich Engels-Platzes konnten abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit dem Bau eines zweiten Aufganges in der Stadtbahnstation Burggasse mußte die Einfahrt der Schleife Kandlgasse umgebaut werden. In der Wagramer Straße wurden zur Verbesserung der Verkehrssituation die Gleisanlagen von der Seiten- in die Mittellage verlegt. Neben einigen weiteren größeren Gleiserneuerungen und Ergänzungen erfolgten an 28 Stellen im Gleisnetz kleinere Gleisbauten. Mehrere Haltestelleninseln wurden neu errichtet und bestehende verlängert. Bei sämtlichen Brücken und Eindeckungen der Stadtbahn wurden die vorgeschriebenen Untersuchungen sowie die notwendigen Erhaltungsarbeiten durchgeführt und bei 9 Brücken im Bereich der Stadtbahn die erforderlichen Hauptrevisionen veranlaßt.

Die Zentralwerkstätte durchliefen insgesamt 1.314 Schienenfahrzeuge (820 Triebwagen und 94 Beiwagen) sowie 2.861 Kraftfahrzeuge, davon 1.777 Autobusse, und 1.257 Drehgestelle.

Im Straßenbahn- und Stadtbahnbereich ereigneten sich insgesamt 2.308 und im Autobusbetrieb 1.282 Unfälle, davon 1.126 im Autobuslinienverkehr. An Haftpflichtentschädigungen und -renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden mußten insgesamt 9,3 Millionen Schilling gezahlt werden. Schadenersatzansprüche wurde in der Höhe von 13,1 Millionen Schilling eingehoben.

Städtische Bestattung

Der Städtischen Bestattung wurden im Jahre 1977 22.403 Bestattungen zur Durchführung übertragen. Der Anteil an Kremationen betrug 17,6 Prozent oder 3.938 Fälle. Weitere Aufträge betrafen 1.827 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen, 914 Überführungen in das In- und Ausland, darunter in die Bundesrepublik Deutschland, nach Frankreich, Italien, Jugoslawien, Ungarn und in die Tschechoslowakei. Dazu kamen verschiedene andere Leistungen, so daß der Städtischen Bestattung insgesamt 28.598 Aufträge erteilt wurden. 238 Aufträge hat das Unternehmen zu eigenen Lasten durchgeführt, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufkommen wären.

Der Anteil der Städtischen Bestattung an den Wiener Bestattungen lag bei 97 Prozent, den Rest besorgten Pächter in den an Wien angrenzenden Gemeinden oder Erfüllungsgehilfen des Unternehmens. Die meisten Aufträge brachte der März mit 2.830 Fällen, die wenigsten waren im Monat Juli mit 2.042 Bestattungen zu erfüllen.

Der Fuhrpark hat eine Fahrleistung von rund 802.000 km zu verzeichnen, das sind um 6.000 km mehr als 1976. Auf den einzelnen Auftrag entfielen etwa 28 km, wobei die tägliche Leistung von etwa 3.200 km der Entfernung von Wien nach Gibraltar entspricht.

Das Unternehmen verfügte Ende 1977 über 20 Fourgons, 15 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie über 16 sonstige Fahrzeuge für die Wirtschafts-, Mannschafts- und Kurierfahrten.

Im Sargezeugungsbetrieb wurden mit 48.695 Särgen um rund 700 weniger als 1976 hergestellt. Ein Teil der Produktion war wie jedes Jahr für den Verkauf in die Bundesländer bestimmt. Die Anzahl der dem Unternehmen erteilten Aufträge für künftige Bestattungen (Lebzeitenaufträge) erhöhte sich gegenüber 1976 um 1,0 Prozent auf 2.552.

1977 wurden beim Unternehmen Flugtransporte nach Ägypten, Bulgarien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indonesien, Israel, Jugoslawien, Tunesien, Zaire, in die Bundesrepublik Deutschland, in den Iran, Irak, in die Türkei sowie in die USA bestellt.

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 22. November 1976, Pr.Z. 4051, wurde mit Wirkung ab 1. Jänner 1977 ein neuer Tarif für Bestattungsleistungen genehmigt. Dieser Tarif entspricht dem mit Verordnung des Landeshauptmannes für Wien vom 17. August 1976, LGBL. für Wien Nr. 21/1976, festgesetzten Höchsttarif für das Bestattungsgewerbe.

Am 15. März 1977 wurden im Krematorium Wien-Simmering zwei künstlerisch neugestaltete Urnenaufbewahrungsräume zur Verfügung gestellt; bisher gab es lediglich eine Aufbahrungsmöglichkeit. Durch die Schaffung von nunmehr zwei durch einen gemeinsamen Vorraum verbundenen Räumen kann der Zeitraum zwischen Kremationsfeier und Urnenbestattung verkürzt werden. Auf den Friedhöfen Aspern und Grinzing wurden am 18. März die modernisierten Aufbahrungsräume wieder der Benützung übergeben. In jeder der beiden Hallen können sowohl Trauerfeiern zu Erdbestattungen als auch Kremationsfeiern abgehalten werden. Das Ende einer Kremationsfeier wird den Trauergästen durch das Schließen eines Vorhanges sowie durch das gleichzeitige langsame Verlöschen der Beleuchtung im Aufbahrungsraum angezeigt. Nach Herstellung der entsprechenden Wege durch die Friedhofsverwaltung konnte auf dem Friedhof Dornbach ab 3. Jänner bei Bestattungen der auf fast allen Friedhöfen verwendete Bahrwagen eingeführt werden. Auf dem Simmeringer Zentralfriedhof werden ab 1. Februar bei Bestattungen der Sonderklasse Verstorbene mit einem der sonstigen Ausstattung dieser Klasse angepaßten Sonderkonduktwagen zur Grabstelle gefahren. Im Monat April konnte nach Abschluß der Renovierungsarbeiten die Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche auf dem Wiener Zentralfriedhof für Aufbahrungen wieder zur Verfügung gestellt werden. Im selben Zeitraum wurden auch die Aufbahrungshallen auf den Friedhöfen Penzing und Rodaun mit Urnenschreinen ausgestattet. Auf einigen Friedhöfen wurde die Ausstattung der Priesterräume verbessert; auf jenen Sperrfriedhöfen, die mangels Wasserleitungen den Bediensteten keine Reinigungsmöglichkeiten bieten, wurden Desinfektionsmittel bereitgestellt. Ab 31. März mußte die Aufbahrungshalle auf dem Evangelischen Friedhof in Wien-Simmering wegen Umbauarbeiten gesperrt werden. Während der Bauarbeiten erfolgt die Aufbahrung in der Friedhofskirche. Auf dem Friedhof Meidling steht ab Juli 1977 für die Darbietung musikalischer Leistungen an Stelle des bisher verwendeten Harmoniums eine Orgel zur Verfügung. Im selben Monat wurden im Aufbahrungsraum 2 der Feuerhalle Wien-Simmering aus betrieblichen Gründen die schwer erreichbaren Deckenstrahler durch einen 20flammigen absenkbaren Deckenleuchter ersetzt.

In der Zentrale des Unternehmens konnte die zum Vortragssaal führende Stiege 3 Ende August nach Abschluß der Umbauarbeiten wieder der Benützung übergeben werden. Durch den Umbau der Stiege und der im ersten Stock befindlichen Räume wurden ein Foyer zum Vortragssaal, eine Werkstätte für den Schlosser sowie die Voraussetzungen für einen Schulungsraum geschaffen. Auf Grund eines von der Städtischen Bestattung angeregten Übereinkommens, das die Gemeinde Leopoldsdorf mit ihrer Pfarre getroffen hat, finden ab September 1977 in der Pfarrkirche keine Aufbahrungen mehr statt.

Die Verstorbenen werden nur mehr in der Aufbahnhalle des Friedhofes aufgebahrt. Auf dem Friedhof Baumgarten wurde im Zuge der Ausgestaltung des Urnenaufbahrungsraumes der Trägerraum verlegt und neu adaptiert. Ab November konnten die Bediensteten des Unternehmens in den neuen Trägerraum übersiedeln; die Innenausgestaltung des Urnenaufbahrungsraumes wurde in Angriff genommen. Der schon seit vielen Jahren vorgesehene Umbau im zweiten Stock des Direktionsgebäudes wurde Ende November begonnen. Damit kann auch der zweite Stock, der aus Wohnungen bestand und dessen Räume unzureichend angelegt waren, ähnlich wie der erste Stock gestaltet werden. Nach dem Umbau werden alle Räume direktes Tageslicht haben. Darüber hinaus können dringend benötigte, zusätzliche Räume geschaffen werden. Die Arbeiten sollen voraussichtlich ein Jahr dauern, so daß für diese Zeit verschiedene Mitarbeiter in anderen Räumen provisorisch untergebracht werden mußten. Die durch eine Industrieberatungsgesellschaft vorgenommene Prüfung der Anlagen des Sargerzeugungsbetriebes wurde im Dezember abgeschlossen. Von den vorgeschlagenen Verbesserungen wurden einige noch im Jahre 1977 durchgeführt beziehungsweise für die kommenden Jahre geplant. Im wesentlichen haben die Berater die zweckmäßige und rationelle Einrichtung des Betriebes anerkannt.

Dem vielfach geäußerten Wunsch der Hinterbliebenen nach Schaffung einer Urne in mittlerer Preislage konnte durch die Einführung einer aus Spezialkupfer angefertigten Urne Rechnung getragen werden. Um den Hinterbliebenen die Möglichkeit zu bieten, die Bediensteten des Totenabholdienstes mit ihrem Namen anzusprechen, wurden die Uniformen an der linken Brustseite mit dem eingestickten Namen versehen. Mit dieser Einführung hofft die Direktion, eine weitere Vermenschlichung des Kundendienstes zu erzielen. Durch eine vom „Wiener Verein“ mit 1. Oktober 1977 vorgenommene Organisationsänderung kann nunmehr die Anmeldung eines Todesfalles, die ein Mitglied des „Wiener Vereins“ betrifft, in jeder Geschäftsstelle erfolgen. Bis dahin war dies nur in der Zentrale des Instituts möglich. Die Funktion der Filiale der Städtischen Bestattung im Zentralgebäude des „Wiener Vereins“ als Anmeldestelle für alle verstorbenen Mitglieder dieser Versicherung ist damit beendet. Für die Städtische Bestattung bedeutet dies in Hinblick auf den hohen Anteil von Fällen des „Wiener Vereins“ eine einschneidende und auch mit Mehrkosten verbundene Änderung.

Eine Gruppe des Währinger Jugendzentrums trug am 22. Dezember 1977 im Sozialraum des Unternehmens im Rahmen eines kleinen Spieles Weihnachtslieder vor. Wie der Leiter des Jugendzentrums mitteilte, sollte damit jenen Bediensteten gedankt werden, die das ganze Jahr über auch an allen Sonn- und Feiertagen im Interesse der Wiener Bevölkerung ihren Dienst versehen. Die Datenverarbeitung, die um eine vierte, gemeinsam mit der Buchhaltung genützte Recheneinheit verstärkt wurde, konnte auch den gegen Jahresende besonders starken Arbeitsanfall klaglos bewältigen. So wurden an manchen Tagen bis zu 245 Anmeldungen von Todesfällen ohne nennenswerte Schwierigkeiten durchgeführt. Alle neu eingetretenen Bediensteten wurden entsprechend ihrer Verwendung durch einen Schulungsreferenten mit ihren Aufgaben vertraut gemacht. Für die im Kundendienst tätigen Mitarbeiter wurden Wiederholungsschulungen durchgeführt.

Die Städtische Bestattung war auch im Jahre 1977 bemüht, die gemeinwirtschaftlichen und sozialen Leistungen zu erfüllen. So hat das Unternehmen 238 Verstorbene auf eigene Kosten bestattet. Aber auch die für die Wiener Spitäler vorgenommenen Obduktionstransporte, die ab Juni 1977 auch für das Preyer'sche Kinderspital durchgeführt werden, sowie jene im Interesse der Hinterbliebenen für andere Dienststellen erbrachten Leistungen müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Im Rahmen des Kundendienstes war das Unternehmen bemüht, den Hinterbliebenen die mit der Bestattung verbundenen Wege nicht nur abzunehmen, sondern diese Dienstleistungen auch weiter auszubauen. Die Städtische Bestattung hat am 1. Juli 1977 des 70. Jahrestages ihrer Gründung in einer kleinen Feierstunde mit den Bediensteten gedacht. Das Vorstandskollegium besuchte die Gräber jener verstorbenen Mitarbeiter, die am Aufbau des Unternehmens wesentlich beteiligt waren. Aus Anlaß des 70jährigen Bestehens wurde überdies eine Sammlung der österreichischen Rechtsvorschriften für das Bestattungswesen herausgegeben.

Bestattungsfeiern besonderer Art wurden für folgende 1977 verstorbene Persönlichkeiten, in der Reihenfolge ihres zeitlichen Ablebens ausgewiesen, durchgeführt:

Hochschul-Professor Dr. Georg *Pirckmayer*, Rektor der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien; Dr. Franz Josef von *Mayer-Gunthof*, ehemaliger Präsident der Industriellenvereinigung; Professor Julius *Herrmann*, Kapellmeister der alten Deutschmeister-Kapelle; Landtagsabgeordneter Wilhelm *Miksch*, Gemeinderat der Stadt Wien; Josef *Schweiger*, Mitglied des Bundesrates; Lotte *Lehmann*, Kammer Sängerin; Professor Adalbert *Muhr*, Schriftsteller; Kommerzialrat Walter *Guttmann*, Direktor i. R.; Professor Dr. Hugo *Ellenberger*, Lokalhistoriker; Obermedizinalrat Dr. Wilhelm *Brenner*, Vizepräsident der Ärztekammer für Wien; Rosy *Barsony-Schustek*, Schauspielerin und Sängerin; Obermedizinalrat Dr. Fritz *Daume*, Ehrenpräsident der Ärztekammer für Wien; Karl *Schwendner*, Bezirksvorsteher i. R.; Hofrat Dr. Reinhold *Melas*, Generaldirektor i. R. des Hauptverbandes

der österreichischen Sozialversicherungsträger, langjähriger Präsident der Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit; Hofrat o. Univ.-Professor Dr. Ludwig *Jedlicka*, Vorstand des Institutes für Zeitgeschichte der Universität Wien; Professor Paul *Frischauer*, Besitzer des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst; Dr. Andreas *Neubauer*, Wirkl. Hofrat der Niederösterreichischen Landesregierung, Leiter der Sozialabteilung; Medizinalrat Primarius Dr. Alfred *Stampach*; Landesrat a. D. Heinrich *Widmayer*, ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; Kommerzialrat Professor Alfred Adolf *Rotter*, Aufsichtsrat-Vorsitzender der RORACO GmbH; Hubert *Hladej*, Bezirksvorsteher i. R.; Kommerzialrat Albert *Römer*, Bundesrat a. D.; Abgeordneter a. D. zum Nationalrat Karl *Flöttl*, Vizepräsident a. D. des ÖGB; Dr. Franz *Latzka*, Sektionschef i. R., Bundesrat a. D.; Philipp Edler von *Zeska*, Kammerschauspieler; Prälat DDr. Franz X. Maria *Domanig*, Pfarrer und Dechant i. R. von St. Elisabeth, Wien 4; Univ.-Professor Dr. Richard *Übelhör*, ehemaliger Vorstand der urologischen Abteilung des Krankenhauses Lainz; Rosette *Anday-Bündsdorf*, Kammersängerin, Ehrenmitglied der Wiener Staatsoper; Professor Kurt *Moldovan*, akademischer Maler und Graphiker, Träger des großen Österreichischen Staatspreises; Domvikar Monsignore Dr. Josef *Velechovsky*, Geistlicher Sekretär im Erzbischöflichen Pastoralamt; Professor Anton *Epeldauer*, „Blumendoktor“; Ökonomierat Ferdinand *Hengl*, Heurigenwirt; Greta *Keller*, Diseuse; Senatsrat Professor Anton *Tesarek*, Ehrenobmann der Österreichischen Kinderfreunde; Kammersänger Paul *Schöffler*; Hofrat Professor Vincenz *Ostry*, Gründer des Österreichischen Presseclubs Concordia; Kammerschauspielerin Alma *Seidler*; Professor Fritz *Sedlak*, Konzertmeister i. R. der Wiener Staatsoper; Kommerzialrat Anton *Marousek*, Ehrenmitglied der Österreichischen Turn- und Sport-Union; Amalia *Wolfsecker* — „Maly Nagl“, Wienerliedersängerin; Ernst *Waldbrunn*, Schauspieler.

U-Bahn-Bau

Im Bauabschnitt I „Karlsplatz“ (Paulanergasse bis Stephansplatz) wurden für die Linien U1, U2 und U4 die Innenausbauarbeiten am U-Bahnknoten Karlsplatz fortgesetzt, bei deren Durchführung insgesamt 35 Firmen beteiligt sind. Die Innenausbauarbeiten für das Lüftungsbauwerk Neuer Markt konnten im Anschluß an die Rohbauarbeiten abgeschlossen werden. Mit den Rohbauarbeiten des zusätzlichen Abganges beim Künstlerhaus wurde im Oktober 1977 begonnen. Im Rahmen der Oberflächenausgestaltung des Karlsplatzes wurden die zum Resselpark anschließenden Flächen und die Freitreppe von der Endstelle der Straßenbahn beim Otto Wagner-Pavillon bis hinunter zur Hauptpassage fertiggestellt. Im März 1977 wurde mit der Montage der Stahlkonstruktion der beiden Otto Wagner-Pavillons begonnen. Bis Jahresende konnte der gesamte Rohbau einschließlich der Zimmermanns-, Schwarzdecker-, Spengler- und Kupferwellblechmontagearbeiten fertiggestellt werden. Ebenso wurden die Steinmetzarbeiten an den Fassaden, die mit Marmor verkleidet wurden, sowie am Granitsockel durchgeführt. Die Kunstschlossereinzelteile wurden bereits im Oktober geliefert und montiert. Die Vergoldungsarbeiten am Westpavillon sind abgeschlossen. Weiters wurde der Westpavillon im Dezember komplett eingeglast; die Stukkaturarbeiten im Inneren des Pavillons sind abgeschlossen. Im östlichen Pavillon konnten die Stukkaturarbeiten zu etwa 40 Prozent fertiggestellt werden. Die Elektroinstallation wurde in beiden Pavillons, die Sanitärinstallation im Ostpavillon fertig verlegt. Auf der Terrasse konnte ein großer Teil des Granitbodenbelages bis Jahresende aufgebracht werden. Ferner wurden die Vorlestufen vor dem westlichen Pavillon und die Brüstungsmonolithe vor dem Abgang zur Stadtbahn versetzt.

Im gesamten Bauabschnitt II (Favoritenstraße) wurden 1977 nur mehr restliche Vorarbeiten von geringem Umfang durchgeführt, wie eine Kanalumlegung durch die Magistratsabteilung für Kanalisation, Gleisumlegungen durch die Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe und Bodenmarkierungen durch die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten.

Im Bereich des Bauabschnittes II Baulos A (Paulanergasse — Theresianumgasse) wurden in der U-Bahn-Station „Taubstummengasse“ noch Rest- und Ergänzungsarbeiten, vor allem beim Innenausbau, in Hinblick auf die Eröffnung der U-Bahn-Linie 1 vom Reumannplatz bis Karlsplatz im Februar 1978 durchgeführt. In der Station wurde das Leitsystem vervollständig. Im Bahnsteigbereich wurden die Sicherheitselemente ausgerüstet. Weiters wurden die Telefonzellen ausgebaut und eingerichtet. Die Stationsüberwachung wurde vervollständig. Die Nachtsperrenanlagen wurden entsprechend den Auflagen der Wiener Verkehrsbetriebe und des Arbeitsinspektorates ergänzt. Im Strecken- und Stationsbereich wurde die Elektro- und Sanitärinstallation weitgehend abgeschlossen. In der Schaltanlage in der Lüftungszentrale „Taubstummengasse“ waren noch Ergänzungsarbeiten durchzuführen, ebenso an den Brandschutzklappen. Außerdem erfolgte die Montage von Signal- und Stellwerksanlagen sowie von betriebstechnischen Anlagen. Im September konnte der Schul- beziehungsweise Probetrieb auf der Strecke Reumannplatz bis Karlsplatz (Stephansplatz) aufgenommen werden.

Im Bauabschnitt II Baulos B (Theresianumgasse—Columbusplatz) wurde nach der bereits fertiggestellten Station auch der Innenausbau der Passage „Kolschitzkygasse“ vollendet. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag hier bei der Montage der Wandverkleidungselemente, beim Versetzen der Alu-Lamellen sowie bei der Komplettierung des Leitsystems.

Das Lüftungsbauwerk im Haus Favoritenstraße 50 konnte mit der Herstellung der Kanäle und der Türme für Zu- und Abluft termingerecht fertiggestellt werden. Der U-Bahn-Schulungs- und Probebetrieb wurde auf beiden Gleisen aufgenommen.

Im Bauabschnitt II Baulos C (Columbusplatz—Gellertgasse) wurde der Tunnel- und Stationsausbau einschließlich aller Heizungs-, Lüftungs-, Sanitär- und Signalinstallationen unter Einhaltung aller Zwischentermine mit Ausnahme der Plakatwand- und Schwenkarmmontagen fertiggestellt. Die Montage der Plakatwände und der Schwenkarme war für Jänner 1978 vorgesehen.

Im Bereich der Abstellanlage Reumannplatz mußte auf Grund einer nachträglichen Forderung des Verkehrsarbeitsinspektorates unterhalb der aufgeständerten Gleislage bei den fünf quer zur Fahrtrichtung angeordneten Durchgängen noch ein sogenannter Kopfschutz montiert werden. Diese Arbeiten, die nur in der betriebslosen Zeit zwischen 22 und 5 Uhr durchgeführt werden konnten, werden Ende Jänner 1978 abgeschlossen. Bereits ab 29. August wurde täglich ein U-Bahn-Schulbetrieb auf der Strecke „Reumannplatz—Karlsplatz“ in der Zeit von 6 bis 16 Uhr durchgeführt. Ab 1. Dezember wurde der Probebetrieb mit einem Zugsintervall von 3 Minuten offiziell aufgenommen. Zum „Tag der offenen Tür“ am 25. September wurde die U-Bahn-Station „Reumannplatz“ erstmals dem Publikum gezeigt; auf der Strecke Karlsplatz bis Reumannplatz wurden in beiden Fahrtrichtungen Publikumsfahrten durchgeführt. Am Reumannplatz wurde mit der Montage der Straßenbahnflugdächer des Straßenbahnexpedites sowie der Abdeckhauben für die Zu- und Ablufttürme begonnen. Diese Arbeiten wurden bis Jahresende 1977 weitgehend abgeschlossen; die endgültige Fertigstellung wird Ende Jänner 1978 erfolgen. Ab September 1977 wurde mit der Herstellung der Fußgängerzone im Bereich des Reumannplatzes, einschließlich der Parkgestaltung, begonnen. Diese Arbeiten konnten auf Grund der günstigen Witterungsverhältnisse ebenfalls weitgehend vorangetrieben werden. Man kann erwarten, daß bis zum Eröffnungstermin der U 1 am 25. Februar 1978 die gesamten Arbeiten mit Ausnahme der Begrünung abgeschlossen werden können.

Im Bauabschnitt III (Stephansplatz—Schwedenplatz) wurde die gesamte Station Stephansplatz planmäßig im Laufe des Jahres 1977 im Rohbau fertiggestellt und zur Gänze von der Stadt Wien übernommen. Die Arbeiten für den Innenausbau, die von allen beteiligten Dienststellen in vollem Umfang aufgenommen wurden, sind besonders im U 1-Geschoß weit fortgeschritten. Im Sperrengeschoß sind sämtliche Räume, die für die Betriebsaufnahme der U 1 im Jahre 1978 benötigt werden, nahezu fertig ausgebaut. Im oberen und unteren U 3-Geschoß sind die Ausbaurbeiten im Gange. Parallel zu den Ausbaurbeiten ermöglichte die Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau den vollen Probebetrieb über beide Stationsgleise, den Weichenschacht und das Betriebsgleis. Die Straßenoberfläche wurde nahezu zur Gänze an die Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau übergeben, die Straßenbelagsarbeiten durchführen wird.

Die Station Schwedenplatz wurde mit der Donaukanalquerung bis auf geringfügige Baumeisterarbeiten ebenfalls fertiggestellt. Die Innenausbauarbeiten im Bereich der bereits übernommenen Station der Linie U 4 sind weit fortgeschritten. Mit den Ausbaurbeiten im Betriebsgeschoß und Sperrengeschoß wurde ebenfalls begonnen. Im Jahre 1978 werden alle beteiligten Dienststellen auch in der Station Schwedenplatz mit den Ausbaurbeiten in vollem Umfang beginnen. Die Schwedenbrücke konnte in beiden Richtungen in vollem Umfang wieder dem Verkehr übergeben werden. Die 2. Umleitungsphase wurde auf einem Teilstück der definitiven Donaukanalbegleitstraße entlang der Vorkai-galerie auf der fertigen U-Bahn-Decke durchgeführt.

Die Station Nestroyplatz konnte bis auf das Abluftbauwerk Czerningasse und die Stiegenaufgänge vor den Häusern in Praterstraße 30 und 36 ebenfalls rohbaumäßig fertiggestellt werden. Der Ausbau des Unterwerkes wurde von der Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau abgeschlossen; auch die von den Elektrizitätswerken auszuführenden Arbeiten sind weit fortgeschritten. Ebenso wurden die Ausbaurbeiten in der Nord- und Südpassage aufgenommen; im U 1-Bereich konnte der Gleisbau durchgeführt werden. Anfang 1978 werden die letzten beiden Stiegenaufgänge und das Abluftwerk Czerningasse rohbaumäßig vollendet. An der Oberfläche wurde die Praterstraße bis auf den Bereich Ziel-schacht und auf die Schieneneinbringöffnung bei der Sankt-Nepomuk-Kirche wieder dem Verkehr übergeben.

Sämtliche Streckentunnel und Streckenbauwerke im 1. Bezirk, wie Lüftungsbauwerk Fleischmarkt, Anfahrtschacht Rabensteig, Tunnelquerung Morzingarage, wurden im Rohbau komplett fertiggestellt und von der Stadt Wien übernommen. Über das Betriebsgleis wird der volle Probebetrieb abgewickelt. Die Streckentunnel im 2. Bezirk wurden aufgefahren, rohbaumäßig fertiggestellt und ebenfalls über-

nommen. Das Lüftungsbauwerk und das Notausstiegsbauwerk Ferdinandstraße befinden sich im Ausbau und werden im Frühjahr 1978 fertiggestellt. Die Grundwasserabsenkung für die Station Nestroyplatz konnte nach erfolgreicher Fertigstellung des Stationsbauwerkes ebenfalls beendet werden.

Es wurden folgende Ziele erreicht: Am Stephansplatz wurde die Station Stephansplatz komplett fertiggestellt, der Probebetrieb über Station, Weichenschacht und Betriebsgleis aufgenommen und die Oberflächengestaltung im Anschluß an die Rohbauarbeiten begonnen. Am Schwedenplatz wurde die Donaukanalquerung komplett fertiggestellt, die Schwedenbrücke beidbahnig übergeben und das erste provisorische Teilstück der Donaukanalbegleitstraße auf der U-Bahn-Decke eröffnet.

Am Nestroyplatz konnten alle Deckenöffnungen geschlossen, die Oberfläche der Praterstraße wiederhergestellt und die Grundwasserabsenkung beendet werden. Alle Tunnelstrecken im III. Bauabschnitt wurden komplett fertiggestellt.

Für das Jahr 1978 sind vorgesehen: der Abschluß sämtlicher Rohbauarbeiten im III. Bauabschnitt, die weitgehende Fertigstellung der Ausbauarbeiten in der Station Stephansplatz, sämtliche Vorleistungen für die Betriebsaufnahme der U 1 bis Karlsplatz (Wenden der Züge am Stephansplatz), ein Großteil der Ausbauarbeiten in den Stationen Schwedenplatz und Nestroyplatz und das Fertigstellen der Oberfläche mit Stiegenaufgängen für die Station Stephansplatz und, wenn möglich, auch für die Stationen Schwedenplatz und Nestroyplatz.

Im Bauabschnitt IV (Praterstern) wurden im Zuge der baulichen Vorarbeiten folgende Arbeiten ausgeführt: Um einen reibungslosen Bauablauf gewährleisten zu können, wurden von den Verkehrsbetrieben in der Praterstraße im Bereich des Lüftungsbauwerkes sowie am Praterstern (O-Wagen-Querung) und in der Lassallestraße (Aufgang und Lüftungsbauwerk) Hilfsbrücken eingebaut. Dabei mußten, um eine Beeinträchtigung des Individualverkehrs zu verhindern, auch Gleisprovisorien geschaffen werden. Zur Freimachung der U-Bahn-Trasse auf dem Gelände des Kohlenbahnhofes wurden Kabelumlagen der Elektrizitätswerke, des Kabelbauamtes und der ÖBB sowie Gasrohrumlagen durchgeführt. Dem Baufortschritt entsprechend mußten die Verkehrslichtsignalanlagen und Leiteinrichtungen sowie die öffentliche Beleuchtung den jeweiligen Erfordernissen angepaßt werden. Für die Dauer der Deckenherstellung am Praterstern im Bereich des Tegetthoffdenkmales wurden wechselweise die 600- und 700-mm-Wasserrohrstränge durch die Wasserwerke abgekappt und nach erfolgter Deckenherstellung wieder definitiv verlegt. Im Rahmen des Rohbaues wurden im Jahre 1977 die Schlitzwandarbeiten weitergeführt und konnten im November abgeschlossen werden. Sie waren besonders unter der ÖBB-Brücke wegen der begrenzten Arbeitsraumhöhe nur mit einem Spezialgerät und unter großen Schwierigkeiten durchzuführen. Im gesamten IV. Bauabschnitt wurden die zur Grundwassererhaltung erforderlichen Brunnen innerhalb der Schlitzwände abgeteuft.

In der Praterstraße konnte Ende Februar mit dem Voraushub begonnen werden. Nach Herstellung des Unterbetons wurden die Randroste und Deckenträger betoniert.

Im Bereich Rotensterngasse wurden die Deckenträger- und -platten der Zwischendecke sowie die Platten der obersten Decke hergestellt. Nach dem zweiten Aushub und dem Einbau des Stahlaussteifungshorizontes konnte der Endaushub durchgeführt werden. Im Anschluß daran wurde nach der Herstellung der Düker für den Grundwasserausgleich mit dem Ausbau der Sohlplatten vom Praterstern in Richtung Rotensterngasse begonnen. Diese Arbeiten waren im Dezember abgeschlossen. Mit dem Betonieren der wasserdichten Innenwanne wurde nach dem Ausbau der Stahlsteifen im September begonnen, wobei bis Dezember rund 220 Laufmeter hergestellt werden konnten.

Am Praterstern im Bereich des Tegetthoffdenkmales wurden nach dem Voraushub Deckenträger einschließlich der Platten von vier Deckenfeldern hergestellt; nach der Rücklegung des 600-mm-Wasserrohrstranges, des Heinestraßenkanales und des Hauptsammlers konnte die Decke eingeschüttet werden. Nach Herstellung der Fahrbahndecke wurde im April die Verkehrsumlegung durchgeführt. Für die Zeit der Deckenherstellung in den anschließenden Bereichen mußte der Entlastungskanal abgetragen und das 700-mm-Wasserrohr abgekappt werden. Nach der Deckenherstellung erfolgte die Rücklegung des Kanales und des Rohrstranges. Die Deckenträger zwischen Tegetthoffdenkmal und ÖBB-Brücke konnten zur Gänze hergestellt werden. In einigen Bauabschnitten wurden auch bereits die Platten sowie die Zwischendecke betoniert. Im Bereich der Brückenunterfangung konnten die Bohrpfahlarbeiten im Juni abgeschlossen werden. Bereits im Mai erfolgten die Umlagerung des Tragwerkes von den Pendelstützen der nördlichen Stützenreihe auf die Hilfsrahmen sowie der Ausbau der Pendelstützen. Im Juli konnte die Umlagerung des Tragwerkes von den Pendelstützen der südlichen Reihe auf die Hilfskonstruktion durchgeführt werden. Nach diesen Arbeiten wurde mit dem Abbruch der bestehenden Fundamente der ÖBB-Brücke begonnen. Im Anschluß daran konnten die Randroste, die Deckenträger und Querträger der obersten Decke betoniert werden. Danach wurden die Aushubarbeiten bis auf das Niveau der Zwischendecke weitergeführt und die Träger hergestellt, wobei aus statischen Gründen in einigen Bereichen auch bereits Teile der Platten betoniert werden mußten.

In der Lassallestraße wurde von der ÖBB-Brücke bis Baulosende der Voraushub durchgeführt. Auf eine Länge von 160 m konnten die Randroste und Deckenträger hergestellt werden, wobei im Bereich des Aufganges Lassallestraße in drei Abschnitten auch die Deckenplatte betoniert wurde. Auf dem Gelände des Kohlenbahnhofes konnte der in dem Dienstbarkeitsvertrag zwischen ÖBB und der Stadt Wien bedungene Ersatzbau fertiggestellt werden. Als Besonderheit sei hier erwähnt, daß die erstmals beim Wiener U-Bahn-Bau zur Ausführung gelangte Art einer Herstellung einer Innenschale in Sperrbeton bisher erste Erfolge zeigt und zu Einsparung von Kosten führt.

Im Bauabschnitt VI der U-Bahn-Linie 2 (Landesgerichtsstraße—Deutschmeisterplatz) wurden 1977 in den Gehwegen im Plateau von verlängerter Ebendorferstraße bis Universitätsstraße und vor dem Haus Maria Theresien-Straße 11 Einbautenrücklegungen der Elektrizitätswerke durchgeführt. Weiters erfolgten Kabelrücklegungen des Kabelbauamtes in der Universitätsstraße und am Rooseveltplatz. Vor Beginn der Oberflächenwiederherstellung wurden im gesamten Bauabschnittsbereich die Arbeiten für die öffentliche Beleuchtung, wie Leitungsverlegungen und Mastaufstellungen, und für die Verkehrseinrichtungen, wie Lichtsignalanlagen, Verkehrszeichen usw., abgeschlossen.

An Rohbauarbeiten erfolgte im Februar die Schließung der Baurampe in der Maria Theresien-Straße am Deutschmeisterplatz mit Beton-Fertigteilträgern und Betonplatten. Die Baurampe in der Universitätsstraße bei der Garnisongasse wurde Ende August abgeschlossen. Danach konnte in diesen Bereichen der Sohlbeton eingebracht werden. Im Bereich der Votivparkgarage erfolgte die Schließung von einzelnen Tunnelwandfenstern. Die Arbeiten für die Herstellung der definitiven Stiegenanlage im Haus Maria Theresien-Straße 11, einschließlich der Gebäudeunterfangung, wurden abgeschlossen. Für die geplante Verlängerung der U-Bahn-Linie 4 A in Richtung Neuwaldegg wurden im unterirdischen Bauwerk der U-Bahn-Linie 2 für deren Unterfahrungsrampe die Stützmauern, die Gesimse und die Zwischendecken hergestellt. Das Lüftungsbauwerk Rooseveltplatz und der Notausstieg (Stiege II) konnten fertiggestellt werden. Weiters erfolgten diverse rohbaumäßige Fertigstellungsarbeiten im Stationsbereich „Schottentor“, wie zum Beispiel das Aufstellen von Zwischenwänden, das Einbringen von Ausgleichs- und Aufbeton, Estrichherstellungen, Putzarbeiten, Versetzarbeiten von Bodenabläufen, Türstöcke, Kantenschutzwinkel usw. Die Anschlußarbeiten an die USTRAB im Bereich des bestehenden Tunnels wurden mit der Herstellung einer Stützmauer, dem Rammen von Spundbohlen, der Sohlabsenkung und der Kanalkappung ebenfalls beendet. Auf dem Grundstück Maria Theresien-Straße 12 wurde der provisorische Abluftkanal fertiggestellt. Weiters erfolgten noch diverse Sanierungs- und Restarbeiten an den Schlitzwänden im Bereich der Universitätsstraße und der Landesgerichtsstraße. So konnten mit Ende September 1977 die Rohbauarbeiten zur Herstellung des VI. Bauabschnittes der U-Bahn-Linie 2, mit Ausnahme der Schieneneinbringöffnungen in der Maria Theresien-Straße und Universitätsstraße, deren Schließungen mit Anfang 1979 vorgesehen ist, abgeschlossen werden. Im rohbaumäßig fertiggestellten Bauwerk erfolgten durch die Verkehrsbetriebe im Streckentunnel in der Landesgerichtsstraße (Gleis 2) und in der Maria Theresien-Straße vor Deutschmeisterplatz bis zum Stationsbeginn Gleislegungsarbeiten. Weiters wurde im Bahnsteigbereich der Station „Schottentor“ der schotterlose Oberbau mit gleichzeitigen Gleisverlegungen vorgenommen. Ebenso erfolgte die Montage der Kabeltassen. Die Magistratsabteilung für Elektro-, Gas- und Wasseranlagen in städtischen Objekten hat mit den Arbeiten für die Elektro- und Sanitärinstallation im Betriebsgeschoß begonnen. Von der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft und Heizwerkstätte wurde die Lüftungsanlage im gesamten Stationsbereich fertiggestellt. Mit der Verlegung der Lüftungskanäle im Verbindungsgang und mit der Montage der Heißwasseranspeisung vom Umformerraum ab Übergabestelle der Feinheizleitung wurde begonnen.

An Verkehrsmaßnahmen ergaben sich 1977 weitere Umstellungen: Nach Durchführung von Restarbeiten an der Stiegenoberfläche in der Maria Theresien-Straße im Bereich von Börsegasse bis Deutschmeisterplatz und von Wasagasse bis Wipplingerstraße sowie nach Fertigstellung der stadteinwärtsführenden Fahrbahn der Universitätsstraße, einschließlich des Verschleißbelages, erfolgte am 21. Dezember 1977 die Verkehrsaufnahme bis Franz Josefs-Kai. Die stadtauswärtsführende Fahrbahn der Universitätsstraße konnte bereits im November dem Verkehr übergeben werden; gleichzeitig erfolgte die Sperre der Ersatzfahrbahn am Rooseveltplatz und die Verkehrsfreigabe der verlängerten Ebendorferstraße. In diesem Bereich wird jedoch im Jahre 1978 noch die Aufbringung des Verschleißbelages, die Abtragung dieser Ersatzfahrbahn und die Wiederherstellung in eine Grünfläche durchzuführen sein. So konnten 1977 alle durch den U-Bahn-Bau in diesem Abschnitt betroffenen Haupt-Straßenzüge, einschließlich der des einmündenden Querverkehrs, wieder dem Straßenverkehr zur Verfügung gestellt werden. Die noch durchzuführenden Straßenbauarbeiten im Bereich der Schieneneinbringöffnungen können erst nach deren Schließung — voraussichtlich Jahresbeginn 1979 — erfolgen. Die Nebenfahrbahn im Bereich der Universität, die als Baustelleneinrichtungsfläche den Innenausbaufirmen der Verkehrsbetriebe und als Lagerfläche für Gleislegungsmaterialien dient, kann ebenfalls erst

nach deren Räumung definitiv wiederhergestellt werden. Die vorgeschriebenen Baumpflanzungen wurden dem ursprünglichen Zustand entsprechend bis auf den Bereich der Schieneneinbringöffnungen in der Universitätsstraße durchgeführt. Durch eine Abänderung des Straßenprojektes konnten in der Universitätsstraße vor den Häusern 2 bis 10, 3 bis 5 und 9 bis 11 zusätzlich noch Bäume gepflanzt werden. Die im Bereich des Motivparks durch die Baustelleneinrichtung beanspruchten Flächen werden nach deren Freimachung wieder als Grünflächen ausgestaltet.

Die Innenausbauarbeiten wurden mit den Malerarbeiten im gesamten Stationsbauwerk begonnen, ebenso die Arbeiten für die Deckenverkleidung (Hängedecke und Schallabsorber) in Angriff genommen. Von den Verkehrsbetrieben erfolgte der Kabelbodeneinbau im Bahnsteigverteiler, Kuppelschalter- und Relaisraum.

Im Bauabschnitt X (Lassallestraße — Mexikoplatz) wurde mit der Projektierung der Einbautenumlegungen und der Erstellung des Ausschreibungsprojektes im Februar 1977 begonnen. Durch beispielhafte Mitarbeit aller beteiligten Dienststellen konnten schon im Juli die Arbeiten zur Umlegung der Einbauten in Angriff genommen werden. Obwohl auf engstem Raum nicht nur die örtlichen Versorgungsleitungen, sondern auch alle Leitungen, die über die Reichsbrücke führen, verlegt werden mußten, sind bis zum Jahresende 1977 gegenüber dem von der Magistratsabteilung für U-Bahn-Bau vor Beginn der Arbeiten erstellten Bauzeitplan keine Verzögerungen entstanden. Das Ausschreibungsprojekt für den X. Bauabschnitt konnte im September fertiggestellt werden und, mit Leistungsverzeichnis und Vertragsbedingungen versehen, am 29. September an die Firmen zur Anbotslegung weitergegeben werden. Das Ausschreibungsprojekt wurde vorher in der Projektsbesprechung am 8. September erläutert und der Ausführung zugestimmt. Die am 29. November abgegebenen 12 Anbote wurden anschließend rechnerisch und technisch überprüft.

Im Bauabschnitt XI (Hubertusdamm — Arbeiterstrandbadstraße) wurden vorwiegend Projektierungs- und Planungsaufgaben vorgenommen. Lediglich die für die Ausschreibung der Rohbauarbeiten erforderlichen Probebohrungen, einschließlich der Laborauswertung, sowie die Ermittlung der Bodenkennwerte wurden durchgeführt. Mit den baulichen Vorarbeiten, wie die Umlegung beziehungsweise Neuverlegung von Einbauten, wird erst im Frühjahr 1978 begonnen. Der Beginn der Rohbauarbeiten ist ebenfalls für das Jahr 1978 vorgesehen.

Im Bauabschnitt XII (Arbeiterstrandbadstraße — Zentrum Kagran) wurde mit der Errichtung der Baukanzlei, die vom Resselpark (BA I) abgetragen wurde, an der Alten Donau begonnen. Weiters fanden laufend Vorbesprechungen für Grundablösen statt. Mit der Ausschreibungsplanung wurde begonnen, die Probebohrungen konnten abgeschlossen werden.

1977 wurden am Lagerplatz in 22, Stadlau, Waldrebgasse, Ecke Hausgrundweg, Anfang April auf einer Fläche von rund 920 m² Befestigungsarbeiten durchgeführt und anschließend verschiedene Materialien umgestapelt und gelagert. Ende September wurden die Einfriedung, die Lagerbaracke und die Brückenträger mit einem neuen Anstrich versehen. Zu Ende des Jahres 1977 erfolgten noch verschiedene Vorarbeiten für den weiteren Ausbau im Jahre 1978.